

11 **Erziehung** 2021 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. November 2021

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

**EuW-Beilage
Jugendhilfe
Sozialarbeit**

**MEHR GEHALT IST
ECHTE ANERKENNUNG!**

☐ **Aktuelle:**
Tarifrunde TV-L 2021
#DASGEWINNENWIR
GEW-Kampagne
„Es reicht! Jetzt handeln!“

☐ **Hochschule:**
Petition für Grundfinanzierung der Hochschulen
Herbstseminar des VB Hochschule/Forschung/Lehrer*innenbildung

☐ **Tarif + Recht:**
Erzieher*innen in Kommunen:
Arbeitszeitsenkung
ab 1. Januar 2022

TARIFRUNDE 2021

#DASGEWINNENWIR



Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,
verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: Tarifkampf nimmt Fahrt auf

Die Beschäftigten im Landesdienst, in den Schulen und Hochschulen, in den Kindertagesstätten und Einrichtungen der Jugendhilfe sind wie die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen in der Länder-Tarifrunde mehr wert als billigen Applaus: Fünf Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 150 Euro! Doch schon beim ersten Kontakt stimmten die Arbeitgeber wieder die alten Gesänge von der Lohnzurückhaltung an. Beim Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), dem Niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU), klang das so: „Die Gewerkschaften sollten mit ihren Forderungen keine illusorischen Erwartungen wecken, sondern die Realitäten anerkennen.“

Im Gegenteil, die Realitäten sind ganz andere. Realitäten müssen durch den Arbeitgeberverband, die TdL, zur Kenntnis genommen werden. Ohne den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort wären die Einrichtungen des öffentlichen Dienstes nicht annähernd so gut durch die Krise gekommen. Und einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif. Wir brauchen mehr Stellen und eine gute Gehaltsentwicklung. Der Mangel an Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern und Pflegepersonal zeigt, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver werden muss.

Auch das Festhalten an der Schuldenbremse trägt nicht, denn wir befinden uns in einer ökonomisch besonderen Situation. Es wäre ein politischer Total Schaden, wenn die Länder versuchten, mit einem niedrigen Tarifabschluss während der Corona-Krise zu sparen. Genau das Gegenteil ist richtig: Bei stark steigender Inflation darf es keine faktischen Minusrunden geben. Sollte sich die FDP in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen und Steuererhöhungen verhindern, wird die kommende Regierung entgegen moderner wirtschaftswissenschaftlichen Auffassungen agieren und damit der Bundesrepublik, vor allem aber den Beschäftigten schaden. Wir brauchen auch aus wirtschaftlichen Gründen eine deutliche Lohnerhöhung.

Zusätzlich steht die stufengleiche Höhergruppierung auf der Tagesordnung. Für die GEW ist auch die vollständige Paralleltabelle für die Bezahlung angestellter Lehrkräfte sehr wichtig. Der Besoldungsgruppe A 12 muss die Entgeltgruppe E 12 zugeordnet werden statt wie bisher die Entgeltgruppe E 11. Und für die studentischen Beschäftigten müssen endlich tarifliche Regelungen auf den Verhandlungstisch.

In guter Tradition kämpfen wir auch für die vielen verbeamteten Mitglieder der GEW. Auf sie hat die Tarifrunde der Länder direkte Auswirkungen. Wir fordern wie immer die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Besoldung. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die Beamtinnen und Beamten an den Schulen und Hochschulen an den Aktionen beteiligen. In die Online-Kampagne können sie sich genauso einbringen wie Mitglieder werben, Vertretungsstunden für Streikende ablehnen und damit die solidarische Gemeinsamkeit der Beschäftigten demonstrieren.

Wenn sich die Arbeitgeber in den jetzt laufenden Verhandlungen nicht bewegen, werden wir unsere Kampfmittel einsetzen. Dann wird es ein heißer Herbst!

Hans-Dieter Klein

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Tarifkampf nimmt Fahrt auf	2
Tarifrunde für die Länder 2021: GEW-Mitglieder stellen ihre Tarifforderungen	3
GEW-Kampagne „Es reicht! Jetzt handeln!“: Arbeitszeit absenken und Entlastungen schaffen!	5
JA 13 für alle: Umzugskarton packen?	6

EuW-Beilage „Jugendhilfe + Sozialarbeit“

Gesellschaft

Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt: Politische Bildung für eine solidarische Zivilgesellschaft	7
--	---

Hochschule

Petitionsübergabe im Landtag: Für Grundfinanzierung der Hochschulen	8
Herbstseminar des VB Hochschule/ Forschung/Lehrer*innenbildung: Ausreichende Grundfinanzierung ist A und O	8
Glossiert: Hört ihr	9

Tarif + Recht

Erzieher*innen in Kommunen: Arbeitszeitsenkung ab 1. Januar 2022	10
Betriebsratswahlen 2022: Schulungen der Wahlvorstände	10
GEW-Broschüre erschienen: „Arbeitszeitgestaltung im Sozial- und Erziehungsdienst“	11
Private Pflegeversicherung: Befristete Beitragserhöhung	11



Tarifrunde für die Länder 2021:

GEW-Mitglieder stellen ihre Tarifforderungen

(EuW) Die erste Verhandlungsrunde zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften fand am 8. Oktober in Berlin statt, die zweite und dritte Runde sind für den 1./2. November, d. h. kurz nach Erscheinen dieser Ausgabe der EuW, und für den 27./28. November jeweils in Potsdam geplant.

Zum Auftakt der ersten Aktion der GEW Sachsen-Anhalt in dieser Tarifrunde, sprach die GEW-Landesvorsitzende, Eva Gerth, am 19. Oktober in Haldensleben zu den dort demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen.

GEW-Landesvorsitzende würdigt Leistungen der Beschäftigten

Eva Gerth begann ihre Rede mit einem Rückblick. „Die vergangenen Monate waren hart. Eine Pandemie, bei der man sich immer gefragt hat, ob unser Arbeitgeber und Dienstherr den notwendigen Gesundheitsschutz für seine Beschäftigten wirklich im Blick hat, brachte viel zusätzliche Arbeit. Durch Distanzunterricht, durch ständiges Aufgaben-Bereitstellen, durch das Aufstellen neuer und nochmal neuer Pläne und durch viele Erklärungen für Eltern und Schüler*innen, um Lernerfolge zu erreichen, kam es zu immer neuen Belastungen. Kein Wunder, dass in diesem Zusammenhang die Frage gestellt wurde, was das zusätzlich kostet. Das Geld für den öffentlichen Dienst, darunter für die, die in den Schulen arbeiten, spielte somit eine gewichtige Rolle.

Für dieses Geld leisten wir sehr viel: Wir haben die besonderen Ansprüche der Corona-Zeit weggetragen und wir schlagen uns ohnehin seit Jahren mit den normalen Belastungen herum, auch mit denen, die durch den Lehrkräftemangel entstanden sind. Arbeitszeituntersuchungen zeigen, dass Lehrkräfte schon immer am Limit arbeiten. Wir wissen auch, dass Pädagogische Mitarbeiter*innen Unterricht erteilen und dass viele Überstunden entstehen. Wir wissen, dass viele Kolleginnen und Kollegen die Mehrstunden schon gar nicht mehr zählen und manches unter den Tisch fällt. Man macht es eben – schließlich ist es für die Kinder. Leider setzt das Bildungsministerium auf genau dieses Engagement.“ Eva Gerth fragte die Demonstrierenden: „Wisst ihr noch, wann die letzte Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst war? Und welchen Umfang sie hatte? Am 1. Januar 2021 gab es 1,4 Prozent, davor waren es zweimal ca. drei Prozent im Jahr. Das heißt aber auch, dass es das für 2021 nicht schon gewesen sein kann.

Die GEW fordert in der Länder-Tarifrunde ein, was ihr verdient: Fünf Prozent, mindestens 150 Euro. Bei dieser Tarifrunde 2021 für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) geht es um die allgemeine Lohnerhöhung für rund 1,2 Millionen Beschäftigte im Landesdienst.

Fünf Prozent sind fair, weil die Beschäftigten an Schulen, Hochschulen, Kitas und sozialen Einrichtungen in der Krise die Einrichtungen am Laufen gehalten haben.

Fünf Prozent sind nötig, weil die Lebenshaltungskosten stark ansteigen. Nach Aussagen des Statistischen Landesamtes beträgt die Inflation im Oktober 4,1 Prozent. Ich finde, da sind wir mit fünf Prozent eher bescheiden.

Fünf Prozent sind sinnvoll, weil die Lohnpolitik der Krise nicht hinterherhinken darf und der öffentliche Dienst ein Vorbild für faire Bezahlung sein muss.

Was fordern wir noch? Wenn Beschäftigte neue, verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen, können sie in eine höhere, besser bezahlte Entgeltgruppe gelangen. Doch

klagt derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof für das Streikrecht von Beamt*innen. Bis das hoffentlich positiv entschieden ist, erwarten wir die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Besoldung. Deshalb ist es uns wichtig, dass sich die Beamtinnen und Beamten an den Schulen und Hochschulen an unseren Aktionen beteiligen.“



Foto: Uli Härtel

aufgrund der geltenden Tarifregelungen kann eine solche Höhergruppierung in eine niedrigere Erfahrungsstufe führen. Zwar gibt es einen Garantiebetrug, aber der Garantiebetrug entfällt mit dem nächsten Stufenaufstieg. So könnten Beschäftigte tatsächlich bei höherwertigen Aufgaben über viele Jahre weniger verdienen, als wenn sie in ihrer bisherigen Entgeltgruppe geblieben wären. Damit sich neue Aufgaben immer lohnen, brauchen wir die **stufengleiche Höhergruppierung.**

Das ist auch für die von uns geforderte **Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte in die E 13** notwendig. Ansonsten hätten unsere Kolleginnen und Kollegen nichts oder weniger von der höheren Entgeltgruppe. Der Besoldungsgruppe A 12 muss die Entgeltgruppe E 12 zugeordnet werden statt wie bisher die Entgeltgruppe E 11.

Wir haben auch eine Forderung für **studentische Beschäftigte.** Das sind – nach dem tariflichen Terminus – studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, die an den Hochschulen viele wichtige Tätigkeiten ausüben. Sie unterstützen die Lehre als Tutorinnen und Tutoren, halten die Bibliotheken am Laufen und wirken an Forschungsprojekten mit. Ihre Arbeitsbedingungen sind bisher nicht tarifvertraglich geregelt, sondern werden von den Hochschulen einseitig diktiert. Wir erwarten, dass die Länder sich zu ihrer sozialen Verantwortung bekennen und Verhandlungen zu einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte aufnehmen. Von unseren Forderungen sollen auch die **Beamtinnen und Beamten** profitieren. Sie dürfen nicht streiken, noch nicht – die GEW

„Und was sagen die Arbeitgeber, die Vertreter*innen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder? Sie sagen, sie müssen sparen, und meinen, wir müssen verzichten. Und ich fürchte, sie denken beim Kürzen zuerst an Schulen und Hochschulen und an die dort Beschäftigten. Das können und wollen wir uns nicht bieten lassen!“

„Ich kann mir auch vorstellen, dass sich viele Menschen im Land fragen: Müsst ihr schon wieder die Schulen zumachen? Ja, wir werden streiken, wenn es nicht anders geht. Wir werden das mit Augenmaß tun. Wahrscheinlich werden wir aber mit unseren Warnstreiks nicht so viel Unterrichtsausfall verursachen, wie es die Landesregierung mit ihrer Personalpolitik der Kürzungen in den vergangenen Jahren geschafft hat. Wir wollen einen fairen Ausgleich und die Arbeitgeber haben es in der Hand, die Tarifrunde schnell zu beenden.“

„Jede Gewerkschaft ist so gut und so stark, wie ihre Mitglieder. Wir sind stark, wir werden gehört, mehr Mitglieder machen uns stärker. Und denen, die noch nicht GEW-Mitglied sind, sei gesagt: Jetzt wäre eine gute Zeit es zu werden! Wir können gewiss sein, dass im Bildungs- und Finanzministerium genau registriert werden wird, wie viele Kolleginnen und Kollegen hier stehen, wieviel Macht wir als GEW haben.“

GEW-Kreisvorsitzender Volker Thiele redet Klartext

Nach der GEW-Landevorsitzenden nahm der GEW-Kreisvorsitzende des Bördekreises, Volker Thiele, das Wort: „Als Landesvorsitzende unserer Gewerkschaft ist Eva Gerth in ihrer Rede schon auf die



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

→ Ziele der Tarifrunde eingegangen. Ganz nach dem Motto der heutigen Kundgebung „Mit Krümeln lassen wir uns nicht abspesen!“ möchte ich diese Forderungen noch einmal bekräftigen. Und ich möchte in meiner Rede zum Ausdruck bringen, warum wir zu Recht hier sind und unseren Unmut zum Ausdruck bringen:

Wir haben seit der Wende die schlechteste Unterrichtsversorgung in unserem Landkreis. Deshalb könnte unsere Kundgebung auch das Motto der GEW-Arbeitszeitkampagne übernehmen – weil wir laut und deutlich sagen können: **Es reicht!**

Noch nie haben wir als GEW-Kreisverband so viele Anrufe von besorgten Lehrerinnen und Lehrern, aber auch von den Elternvertretern aus den verschiedensten Teilen des Landkreises Börde erhalten. Alle hatten nur ein Thema: Was sollen wir tun, um der schlechten Unterrichtsversorgung zu begegnen?

Es kann nicht sein, dass Lerndefizite, die aus der Corona-Pandemie, nun auch noch durch einen verstärkten Unterrichtsausfall vergrößert werden. Das können und wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen in den Schulen nicht zumuten – als Lehrkräfte und Erzieher*innen sind wir bereit, alles dafür zu tun, die Defizite abzubauen, aber dafür müssen die Rahmenbedingungen in Schule von der Landesregierung dringend verbessert werden.

Ich habe den Eindruck, dass die derzeitigen Probleme der **Grundschulen** von den Eltern noch nicht vollumfänglich wahrgenommen werden. Aber es ist Fakt – selten erreicht die Unterrichtsversorgung die 100 Prozent. Bedingt durch Erkrankungen von Lehrkräften, aber auch durch fehlende Neueinstellungen mussten Schulleitungen schon zu Beginn des Schuljahres die Unterrichtspläne verändern. Die schülerbezogenen Stundenzuweisungen in den Grundschulen zwingen die Schulleitungen bei einem Lehrermangel zur Zusammenlegung von Klassen. So werden zum Beispiel aus zuvor drei Lerngruppen schnell durch Zusammenlegung zwei Lerngruppen mit mehr als 25 Schülern. Und in diesen Klassen gibt es jede Menge Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf. Aber die für den gemeinsamen Unterricht vorgesehenen Förderschullehrkräfte werden in den Förderschulen selbst dringend gebraucht. Die Grundschullehrkräfte werden mit ihren Problemen allein gelassen!

Nachgewiesen ist, dass mittlerweile bei Grundschullehrkräften die Quote der Langzeiterkrankungen sehr hoch ist. Warum wohl? Doch wie löst man die Probleme an den Grundschulen bei Erkrankungen von Kollegen? Es werden schnell mal Pädagogische Mitarbeiterinnen für die Unterrichtstätigkeit herangezogen, schulspezifische Angebote und Förderunterricht werden gestrichen und auf Klassenteilungen in Unterrichtsfächern wie Gestalten und Schulgarten muss verzichtet werden. So kann Schule die Erwartungshaltung an qualitativ hochwertigen Unterricht aber nicht mehr erfüllen!

Durch die festen Öffnungszeiten der Grundschule warten selbst bei Unterrichtsausfall sehr große Belastungen auf die Lehrkräfte und Erzieherinnen, da durch wachsende

Aufsichtszeiten vor Abfahrt der Schulbusse oder bei einer späteren Übernahme der Betreuung durch den Hort die Betreuung der Kinder abgesichert werden muss. Am Ende steigert sich die Belastung der unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen immer weiter. **Es reicht!**

Das „Sorgenkind“ in der Unterrichtsversorgung sind auch in unserem Landkreis die **Sekundarschulen**. Selten ist hier die tatsächliche Unterrichtsversorgung über 90 Prozent. Hintergrund ist auch hier das verstärkt altersbedingte Ausscheiden von Kolleginnen und Kollegen, die hohe Zahl von Langzeiterkrankungen verbunden mit einer großen Lücke bei der Einstellung von ausgebildeten Sekundarschullehrkräften. Bereits im letzten Jahr hat die Landesregierung, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, Stundenkürzungen in der Rahmenstundentafel der Sekundarschule umgesetzt. Durch den derzeitigen Lehrermangel werden aber nun weitere Unterrichtsstunden gekürzt, fallen ganz aus oder werden aus Lehrkräftemangel nur epochal unterrichtet. Um dem Mangel zu begegnen, werden häufig statt ausgebildeter Lehrkräfte, Seiteneinsteiger*innen in den Schulen eingestellt, die jedoch auf die Unterstützung der sowieso schon stark belasteten Lehrkräfte angewiesen sind. Auch hier droht das „System Schule“ zusammenzubrechen, weil die alternenden Kollegien in den Sekundarschulen diesen Belastungen dauerhaft nicht mehr gewachsen sind. **Es reicht!**

Auch die Signale aus den **Förderschulen** sind nicht positiv. Selten ist hier die Unterrichtsversorgung bei 100 Prozent. Dringend benötigte ausgebildete Förderschullehrer*innen werden zunehmend durch geringer qualifizierte Seiteneinsteiger*innen ersetzt. Das kann nicht die Lösung sein! Auch auf Grund des Fachlehrermangels haben sich an den Förderschulen die Klassen vergrößert. Vor dem Hintergrund des erhöhten Förderbedarfes ist dies kontraproduktiv. Zu Recht fordern hier die Eltern kleinere Klassen für ihre Kinder, um den erhöhten Förderbedingungen in kleineren Klassen und in ruhiger Umgebung gerecht zu werden. Dazu brauchen wir mehr ausgebildete Förderschullehrkräfte, die es aber im Land viel zu wenig gibt – damit fährt das System perspektivisch auch gegen den Baum. **Es reicht!**

An den **Gemeinschaftsschulen** ist die Unterrichtsversorgung unter den seitens der Landesregierung versprochenen 103,5 Prozent. Fächer wie Biologie, Chemie, Musik, Kunst, Sport u. a. können gar nicht oder nicht vollumfänglich angeboten werden. Die Stundentafel wird also auch hier zwangsweise gekürzt. Dazu kommt noch der Umstand, dass von Seiten des Landesschulamtes der Versuch unternommen wird, durch Abordnungen von Lehrkräften von einer Schule mit Mangel zu einer anderen Schule mit Mangel die Unterrichtsversorgung einseitig zu verbessern. Natürlich haben Eltern, aber auch Lehrkräfte für diese Vorgehensweise aus Sicht der abgebenden Schule wenig Verständnis und fordern dringend neue Einstellungen. Auch hier sind wir der Meinung: **Es reicht!**

Wenngleich die **Gymnasien** in den letzten Jahren viele Einstellungen von ausgebildeten Lehrkräften zu verzeichnen hatten, verstärken sich die Probleme der Unterrichtsversorgung auch an dieser Schulform massiv. Stundenkürzungen und epochaler Unterricht sollen diese Situationen schuljahresweise überbrücken. Wenn es dann aber auch noch zu Schwierigkeiten im Unterricht eines Kernfaches wie Mathematik kommt, verschärft es die Situation, da die Vorbereitung auf das Abitur massiv gefährdet ist. Wie man Informationen der „Volksstimme“ vor einigen Wochen entnehmen konnte, betrifft dies das Professor-Friedrich-Förster-Gymnasium in Haldensleben besonders. Dabei zeigen die Eltern durchaus Verständnis für die Bemühungen der Schule, das Fach vorerst digital zu unterrichten, sind aber auf Grund der wachsenden technischen Schwierigkeiten und den damit verbundenen zu erwartenden Lerndefiziten selbst auf der Suche nach einem Mathematik-Lehrer für ihre Kinder, da bisher das Landesschulamt keine Lösung des Problems anbieten konnte. Dieses Problem des Fachlehrermangels ist sicher nur die „Spitze des Eisberges“. **Es reicht!**

Die Landesregierung muss ihre Verweigerungshaltung aufgeben und schnell mit der GEW und den anderen Lehrerverbänden lösungsorientiert handeln. Ein erster Ansatz wäre, durch die Tarifgemeinschaft der Länder eine schnelle Lösung in dieser Tarifrunde herbeizuführen, damit es nicht zu Arbeitskampfmaßnahmen wie Warnstreiks kommen muss. Aber auch langfristige Lösungen sind nötig. Die Forderung nach Ausbau der Lehrerbildung in Magdeburg und die Ansiedlung von Studienseminaren in der Altmark gehören dazu.

Kümmert euch um die Lehrer*innen und Erzieher*innen, die sich aktuell im System befinden! Sie tragen die Probleme des Lehrermangels und meistern die Herausforderungen des Schulalltags. Deshalb fordern wir:

1. eine höhere Wertschätzung der älteren Lehrkräfte durch (Wieder)Einführung von Altersanrechnungen, um die Kolleginnen und Kollegen länger im Beruf zu halten,
2. schnellere und verbesserte Qualifizierung der Seiten-/Quereinsteiger*innen,
3. die Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben durch die Einstellung von Verwaltungsassistent*innen und die Anerkennung einer Unterrichtsstunde für die Klassenleitertätigkeit,
4. die Einführung von Langzeitarbeitskonten, bei denen Lehrkräfte selbst entscheiden können, wann sie ihre Mehrzeiten abgeben können, und
5. die Aufwertung der Lehrerberufs an Grundschulen durch Verbesserung der Vergütung (E 13/A 13).

Die Landesregierung muss zur Bewältigung des Lehrermangels stärker die Gewerkschaften in Entscheidungsprozesse einbeziehen und dem Rat der Experten in der Praxis folgen. Deshalb bekräftigen wir unserer Forderungen in der Tarifrunde: Wir wollen nicht nur die Krümel von einem Stück Kuchen, sondern das ganze Stück. **Wir haben es verdient!**

GEW-Kampagne „Es reicht! Jetzt handeln!“:

Arbeitszeit absenken und Entlastungen schaffen!

(EuW) Anlässlich des Welttages der Lehrerinnen und des Lehrers am 5. Oktober startete die GEW Sachsen-Anhalt die Kampagne „Es reicht! Jetzt handeln! Arbeitszeit absenken und Entlastungen schaffen!“. Ein darin enthaltener „Zehn-Punkte-Forderungskatalog“ soll einerseits die Arbeitszeit gerechter gestalten sowie Entlastung für die Schulen schaffen, andererseits aber auch dazu beitragen, den Mangel an Lehrkräften und damit den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Die GEW fordert die Landesregierung zu Verhandlungen über die zehn Punkte auf.

Die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth, forderte die Vertreter*innen der Landesregierung auf, die Arbeitszeit von Lehrkräften endlich zu einem politischen Thema zu machen. „Seit langem ist bekannt und wissenschaftlich belegt, dass Lehrkräfte weit über das normale Maß hinaus arbeiten. Verstöße gegen deutsche und europäische Arbeitszeitregelungen sind in unseren Schulen aber an der Tagesordnung“, sagt Eva Gerth. So werden u. a. gesetzlich vorgeschriebene Pausen nicht eingehalten und die wöchentliche Höchst-arbeitszeit von 48 Stunden wird deutlich überschritten.

Der Mangel an Lehrkräften und anderem pädagogischem Personal verstärkt diese Entwicklungen ständig. Die vielzitierten Stellenausschreibungen finden kaum Resonanz. „Das Bildungsministerium muss aufhören, die Situation mit ständig neuen Ausschreibungen und unfruchtbaren Anwerbemaßnahmen zu verschleiern und gleichzeitig Mehrstunden in Größenord-

nungen anzuweisen“, fordert Eva Gerth. Viele Lehrkräfte, Schulleitungen und Pädagogische Mitarbeiter*innen arbeiten am Limit. So haben bisher über 600 Lehrkräfte weit mehr als die erlaubten 80 Mehrstunden verbucht. Ein „Abbummeln“ der Mehrstunden und damit eine Entlastung im laufenden Schuljahr werde durch das Schulamts ausgeschlossen. Auch deshalb verlassen derzeit etwa die Hälfte aller Lehrkräfte bereits mit dem 63. Lebensjahr den Schuldienst. Die Folge ist weiterer Lehrkräftemangel.

Ein Ende der Mangelsituation ist nicht abzusehen. Viele der Beschäftigten an Schulen engagieren sich weit über das normale Maß hinaus, so dass Burnout auftritt und sich sogar zu verstärken droht. Es ist völlig kontraproduktiv, wenn Landesregierung und Bildungsministerium den Druck auf das Personal noch erhöhen. Im Gegenteil, die Anerkennung des Engagements und die Würdigung der Leistungen der Kolleginnen und Kollegen ist überfällig!

Die GEW hat deshalb zehn Entlastungsvorschläge erarbeitet, die aus ihrer Sicht kurzfristig umgesetzt werden können. Einzelheiten müssen in Verhandlungen geklärt werden, da Lehrkräfte u. a. bei Arbeitszeitkonten in Vorleistungen gehen werden.

„Das müssen wir tarifvertraglich absichern“, so Eva Gerth, „die Anforderung zu Verhandlungen wurde bereits an Ministerpräsident Haseloff verschickt.“

Hintergrund

Die Arbeitszeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte ist nicht explizit im Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L) geregelt. Es wird in einer Sonderregelung auf beamtenrechtliche Ausführungen der Länder verwiesen. Diese Arbeitszeitverordnungen werden üblicherweise ohne Verhandlungen von der Landesregierung erlassen. Zuletzt wurde im Jahre 2018 die Altersermäßigung für die 60- und 61-jährigen Lehrkräfte gestrichen. Weiterhin sind dort nicht für alle Arbeitsaufgaben von Lehrkräften entsprechende Arbeitszeiten festgelegt. Geregelt ist lediglich die Pflichtstundenzahl pro Woche. Das sind in reinen Unterrichtsstunden an Grundschulen 27 und an den anderen Schulformen 25 Stunden. Die Zeiten für Vor- und Nachbereitung, für Elterngespräche, Dienstberatungen, Konzeptentwicklung, Absprachen und vieles andere mehr sind nicht normiert. In der Digitalisierungsstudie der GEW wurde festgestellt, dass sich im vergangenen Schuljahr mit fortschreitender Digitalisierung die Arbeitszeit der Lehrkräfte um ca. 30 bis 60 Minuten erhöht hat.

Ein längerfristiges Ansparen von Arbeitszeit ist bisher nicht möglich. Mehrstunden müssen im laufenden bzw. spätestens im nächsten Schuljahr abgebummelt oder ausgezahlt werden. Das Bildungsministerium erhöht den Druck, damit Lehrkräfte die Auszahlung in Anspruch nehmen.

In diesem Zusammenhang verweist die GEW Sachsen-Anhalt darauf, dass für die Grundschullehrkräfte auch dadurch Entlastung herbeigeführt werden könnte, wenn die höhere Bezahlung in den benachbarten Bundesländern endlich auch in Sachsen-Anhalt realisiert werden würde.

Es reicht!

Jetzt handeln!

Für Entlastung und gute Arbeit!

- **Absenken der Pflichtstundenzahl** für alle Lehrkräfte um eine Stunde
- Mehrarbeit bzw. **Mehrstunden begrenzen** auf zwei Stunden pro Woche, zusätzliche Stunden nur mit Einverständnis der Kolleg*innen
- **Anrechnungsstunden** für jede zusätzlich übertragene Aufgabe für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulleitungen
- Einführung von freiwilligen **Arbeitszeitkonten**, über die Kolleg*innen an Schulen selbst verfügen können, ohne Zwang zum Auszahlen der Konten
- Entlastung von Seiteneinsteigenden durch **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung** im ersten halben Jahr und mehr Zeit für Fort- und Weiterbildungen
- **Aufstockung der Altersermäßigung** von einer Unterrichtsstunde ab dem 55. Lebensjahr und von bis zu fünf Stunden ab dem 63. Lebensjahr
- Entlastung aller Schulen von administrativen Aufgaben durch **Schulverwaltungsassistent*innen**
- Entlastung aller Schulen durch **Arbeit in multiprofessionellen Teams**, u. a. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Pädagogische Mitarbeiter*innen, Förderlehrkräfte, Schulpsycholog*innen
- ältere Lehrkräfte und Pädagogische Mitarbeiter*innen können sich für **Mentor*innen-Programme** bewerben, um unter Anrechnung der Hälfte ihrer Arbeitszeit Studierende im Praktikum, LiV, Seiteneinsteigende und neu eingestellte Pädagogische Mitarbeiter*innen zu begleiten
- Umsetzung der Ergebnisse der „Schulfrieden“-Gespräche, u. a. **Gründung einer Arbeitszeitkommission** und Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrkräften

JA 13 für alle: Umzugskarton packen?

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“, wird Adenauer oft zitiert. Offenbar haben die Vertreter*innen der Regierungsfaktionen das auch verinnerlicht und glauben, es perfekt umgesetzt zu haben. In den vergangenen fünf Jahren hat die GEW intensiv mit den politisch Verantwortlichen diskutiert, um die Bedeutung einer gerechten Bezahlung der Lehrkräfte an Grundschulen zu verdeutlichen, und mit vielen Aktionen versucht, die Politik dafür zu sensibilisieren, dass wir auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt aufgrund der unterschiedlichen Bezahlung im Grundschulbereich keine Chance haben, wenn

wir nicht mit anderen Bundesländern hin zu E 13/A 13 gleichziehen. Für die im System Beschäftigten ist das schlichtweg eine Gerechtigkeitsfrage. Sie bilden die Lehrkräfte von morgen aus und schauen dann in die Röhre?

Zusammen standen wir zweimal auf dem Domplatz, fluteten zum Lehrertag 2019 die E-Mail-Postfächer der Abgeordneten, überreichten ihnen eine Torte mit dem Aufdruck „Gebt uns ein Stück vom Kuchen – JA 13“ und machten im Februar 2020 mit einem symbolischen Feuerwerk darauf aufmerksam, dass wir die ersten 45 Kalendertage de facto umsonst gearbeitet haben.

Im Vorfeld der Landtagswahl befragten wir im Frühjahr 2021 die Parteien erneut. Die CDU erklärte uns, dass man Wettbewerbsnachteile zu den Nachbarländern ausgleichen will. Die SPD wollte in einem ersten Schritt eine Höhergruppierung aller Grundschullehrkräfte, die momentan in der E 11 eingruppiert sind, erreichen. Und die FDP hielt die Unterschiede in der Bezahlung für antiquiert. Was die Politiker*innen nun daran hinderte, von ihren Versprechen aber auch wirklich kein einziges Wort in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Adenauer meinte damals, dass ihn ja niemand hindern könne, jeden Tag ein bisschen klüger zu werden. Für unsere Koalitionäre gilt offenbar genau das Gegenteil.

Die Politiker*innen der Regierungsparteien in Sachsen-Anhalt erkennen aber nicht, dass die benachbarten ostdeutschen Bundesländer ihren verbeamteten Grundschullehrkräften ca. 7.500 € im Jahr (angestellten ca. 5.000 €) mehr zahlen, und unterschätzen somit völlig die Attraktivität dieser Bundesländer als Arbeits- und Lebensort. Sie sehen keinen Zusammenhang darin, dass von den hier gut ausgebildeten Grundschullehrkräften nur etwa die Hälfte im Land bleibt.

Ist das Packen der Umzugskartons also die einzige Alternative? Das hoffe ich nicht! Es würde die bestehenden Lehrkräfteprobleme enorm verschärfen. Von daher bleiben wir dran: In diesen Tagen startet die GEW eine **Postkarten-Aktion**, mit der Grundschullehrkräfte, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Studierende des Lehramts an Grundschulen gegenüber den Abgeordneten des Landtages die Einlösung ihrer Versprechungen, A 13/E 13 für Grundschullehrkräfte anzustreben, erneut einfordern können. Schickt bitte die vier Karten des Postkartensets zwischen dem 8. und 10. November an die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; da die Fraktion DIE LINKE uns bei JA 13 aktiv unterstützt, ist hier keine Überzeugungsarbeit mehr nötig. Sprecht die Politiker*innen in eurer Region direkt an. Nutzt die Bürgersprechstunden und fragt, wie sie persönlich zu JA 13 stehen! Fragt, weshalb diese Unterschiede in der Bezahlung durch sie nicht beseitigt werden. Erkundigt euch danach, wie sie die ausgebildeten Lehrer*innen im Land halten wollen, wenn die benachbarten Bundesländer ihren Grundschullehrkräften rund 625 € mehr im Monat bezahlen. Fragt, wem sie es zu verdanken haben, dass sie selbst lesen, schreiben und rechnen können. Löchert sie mit Fragen und konfrontiert sie mit eurem Unverständnis, eurem Frust!

Erst am 20. Oktober wurden weitere 1.000 Lehrkräftestellen ausgeschrieben, nachdem bekannt wurde, dass von den zuvor ausgeschriebenen 900 Stellen 500 ohne Bewerberinnen und Bewerber geblieben sind.

Ingo Doßmann

Wird gepackt oder packen wir's?

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Sachsen-Anhalt



11+ **Erziehung** 2021 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. November 2021

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

Jugendhilfe und Sozialarbeit

- Koalitionsvereinbarung zur Kinder- und Jugendhilfe
- Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen
- Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) für angehende Erzieher*innen
- GEW-Projekttag an Fachschulen für Sozialpädagogik
- Schulsozialarbeit
- Außerschulische Kinder- und Jugendbildung





Frank Wolters,
Bildungssekretär der GEW
Sachsen-Anhalt
für den Bereich
Jugendhilfe und
Sozialarbeit

Kommentiert:

Herausforderungen und Zukunftschancen

Sachsen-Anhalt und Deutschland haben gewählt. In Sachsen-Anhalt regiert seit einigen Wochen eine Koalition aus CDU, SPD und FDP. Die Regierungskonstellation auf Bundesebene ist noch in der Findungsphase. Hier wie da sind Entscheidungen zu treffen, wie auf die gesellschaftlichen Umbrüche zu reagieren ist, eine ökologische Neuausrichtung der Gesellschaft gelingen, internationale Verantwortung übernommen und die Gesellschaft sozial gerechter gemacht werden kann.

Jetzt, nachdem die Wahlkämpfe beendet sind, wird sich erweisen, wo die Prioritäten tatsächlich gesetzt werden. Fest steht jedenfalls, dass in den Verteilungskämpfen der nächsten Monate u. a. darüber entschieden wird, wie viel Geld für Bildung und soziale Teilhabe von Kindern und Familien zur Verfügung stehen wird. Es wird sich auch erweisen, ob der Bund die Länder beim Ausbau frühkindlicher und außerschulischer Bildungs- und Betreuungsangebote finanziell unterstützen wird. Die Koalition in Sachsen-Anhalt ihrerseits muss nachweisen, in welchem Umfang sie sozial gerechte und am Bedarf orientierte Förderangebote zur Verfügung stellen will. Dazu werden nicht zuletzt qualifizierte und motivierte Fachkräfte benötigt, deren Arbeit wertzuschätzen ist. Die Parteien und ihre Protagonisten wissen das. Es bleibt abzuwarten, ob die Versprechen vor der Wahl nun auch zu Handlungsoptionen werden.

Eine Reihe von Problemen und Defiziten sind seit Jahren ungelöst, weil entweder die Finanzierung nicht gesichert werden konnte oder weil man sie ignoriert hat. Das betrifft u. a. die technische Ausstattung und den Personalmangel in den Schulen und Hochschulen des Landes, aber in gleicher Weise auch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Es wird also darum gehen, sich mit Engagement und Sachverstand in die Diskussionen einzubringen. Die GEW muss in diesem Prozess sowohl die fachlich-inhaltlichen Bezüge, als auch die berechtigten Interessen der Mitglieder im Auge behalten. Am Besten gelingt das dann, wenn Mitglieder, Gremien und betriebliche Interessenvertretungen zusammenarbeiten und wenn wir uns klar darüber sind, dass gewerkschaftliches Engagement nicht nur aus Forderungen, sondern auch aus Lösungsangeboten besteht. Dass wir das gemeinsam können, haben wir mehr als einmal unter Beweis gestellt.

Inhalt

Kommentiert:	
Herausforderungen und Zukunftschancen	2
Koalitionsvereinbarung zur Kinder- und Jugendhilfe:	
Qualitätsentwicklung im Blick, Finanzierung aber unklar	3
Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen:	
Bundesqualitätsgesetz jetzt auf den Weg bringen!	4
Praxisintegrierte Ausbildung (PiA):	
Zukunftsmodell für angehende Erzieherinnen und Erzieher	5
Projettage der GEW an Fachschulen:	
Die GEW kennen und schätzen lernen	6
Schulsozialarbeit:	
Neues Förderprogramm geplant	7
Außerschulische Kinder- und Jugendbildung:	
Die Förderung stabiler Strukturen ist dringend erforderlich!	8
Arbeitshilfe für Erzieher*innen:	
Umgang mit verletzendem Verhalten	11

Im Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit stehen wir vor einer Reihe von Aufgaben, für deren Lösung sich jede Anstrengung lohnt. Es geht nach wie vor darum, die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, aber auch um unser Engagement für eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung sozialer Berufe, die Sicherung verlässlicher Arbeitsplätze und einen Generationenwechsel, der sowohl die beruflichen Interessen, als auch die Formen gewerkschaftlicher Partizipation neu definieren wird. Dem wollen wir aus auch in Zukunft verpflichtet fühlen.

Die aktuellen Herausforderungen in diesem Bereich zeichnen wir in diesem Sonderteil der November-Ausgabe der EuW nach. Für Hinweise, Anregungen und Kritiken sind wir dankbar.

Frank Wolters



Koalitionsvereinbarung zur Kinder- und Jugendhilfe: Qualitätsentwicklung im Blick, Finanzierung aber unklar

(EuW_fw) Er sollte Verpflichtung künftigen politischen Handelns sein. Der Koalitionsvertrag. Inwieweit er tatsächlich umgesetzt werden wird, bleibt abzuwarten. Für uns bietet er zunächst Orientierung, welche Ziele CDU, SPD und FDP in den nächsten fünf Jahren gemeinsam erreichen wollen. Für die Handlungsfelder in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik tritt die Koalition mit dem Ziel an, die in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Initiativen weiterzuführen. Zusätzliche Investitionsvorhaben sollen im Wesentlichen durch die Fortführung von bundes- bzw. europafinanzierten Maßnahmen geschultert werden.

Aus Sicht der GEW Sachsen-Anhalt reicht es allerdings nicht aus, weitere Investitionen weitgehend an die Förderung aus Bundes- bzw. Europamitteln zu koppeln. Es muss von der Landespolitik erwartet werden, vorschulische und außerschulische Bildungsangebote finanziell und strukturell auszubauen und eine nachhaltige Strategie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in diesen Bereichen vorzulegen.

Kindertagesbetreuung

Im Koalitionsvertrag setzen die Regierungsparteien auf Bestandssicherung und eine weitere Entlastung der Eltern von Gebühren bzw. Beiträgen. „Die Maßnahmen des in der vergangenen Legislaturperiode erneuerten Kinderförderungsgesetzes werden weiterhin Bestand haben ... Die derzeit im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes finanzierten Maßnahmen sollen auch bei möglichem Wegfall der Bundesmittel in 2023 verlässlich weitergeführt werden. Bei Ausweitung des Gute-Kita-Gesetzes werden wir – sofern zulässig – diese zusätzlichen Mittel primär für die Beitragsentlastung einsetzen.“

Das Ziel, Eltern weiter von den Gebühren und Beiträgen für die Kindertagesbetreuung zu befreien, ist sozialpolitisch zu begrüßen, darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in verbesserte pädagogische Standards zurückgestellt werden. Aus Sicht der GEW fehlt es dem Koalitionsvertrag an klaren Bekenntnissen für einen Ausbau der Qualität und die damit im Zusammenhang stehenden Verbesserungen des Personalschlüssels in den Kindertageseinrichtungen. Die Erzieher-Kind-Relation muss den praktischen Anforderungen schneller angepasst und mit einem weiteren Ausbau multiprofessioneller Teams in den Tageseinrichtungen verbunden werden. Im Rahmen der Initiativen zur Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen zu Personalstandards in den Tageseinrichtungen wird die GEW ihr Engagement für einheitliche wissenschaftsbasierte Personalschlüssel noch einmal deutlich erhöhen (→ Seite 4) und zugleich darauf hinwirken, dass die pädagogische Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern hinsichtlich der Vergütung und der Aufgabenbeschreibung mehr wertgeschätzt wird.

Deutlich mehr Aufmerksamkeit muss den Kita-Leitungen gewidmet werden. Die GEW plädiert für Teamlösungen und die Festlegung zeitlicher Rahmenbedingungen. Leitungszeiten müssen endlich einheitlich geregelt werden. Eine gesetzliche Änderung der derzeitigen Regelungen ist überfällig.

Erzieher*innenausbildung

Der Fachkräftebedarf in den sozialpädagogischen Berufsfeldern steigt. Bereits jetzt ist es schwierig, alle Stellen in Kitas, Heimen und in der Sozialarbeit fachgerecht zu besetzen. Es ist deshalb notwendig, dass die Politik schnell und lösungsorientiert auf diese Situation reagiert. Und es muss endlich etwas getan werden, um die Attraktivität der Berufsausbildung zu verbessern. Mit einer unvergüteten vollzeitschulischen Ausbildung kann das nicht gelingen.

Die Koalitionsparteien haben das Problem offensichtlich erkannt. Dazu heißt es: „Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine praxisintegrierte und vergütete Ausbildung erhalten. Wie bisher ... sollen jährlich 200 vergütete Plätze angeboten werden. Darin ist auch die Freistellung der Praxisanleiterinnen und -anleiter enthalten. Das Ziel wollen wir schrittweise erhöhen. Es werden Konzepte erarbeitet, um in Sachsen-Anhalt ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher langfristig im Land zu halten.“

Die GEW Sachsen-Anhalt unterstützt dieses Vorhaben. Der Ausbau praxisintegrierter Ausbildungsgänge (→ Seite 5) und die Sicherstellung einer einheitlichen Ausbildungsvergütung darf allerdings nicht auf die „lange Bank“ geschoben werden. Wir erwarten, dass die derzeitigen Modellprojekte evaluiert und weitere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Weiterhin muss klar sein, wie künftige Ausbildungsentgelte finanziert und in welchem Umfang die Ausbildungsträger bei der praktischen Ausbildung unterstützt werden können. Es braucht diesbezüglich konkrete Antworten. Bekenntnisse allein genügen nicht. Darüber hinaus bedarf es neuer Fortbildungsinitiativen, um Erzieherinnen und Erzieher in unterschiedlichen sozialpädagogischen und therapeutischen Aufgabefeldern zu spezialisieren. Auch das kann Teil der Weiterentwicklung multiprofessionellen Arbeitens sein.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit wird derzeit überwiegend im Rahmen des Landesprogramms „Schulerfolg sichern!“ realisiert, welches vor allem aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird. Derzeit werden etwa 400 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an 126 Grundschulen, 43 Förderschulen, 154 weiterführenden Schulen, 23 beruflichen Schulen und in den Netzwerkstellen beschäftigt. Die Formulierung im Koalitionsvertrag lässt offen, ob eine Fortsetzung auf dem Niveau des 2022 auslaufenden Programms geplant ist. Die Planungen des Bildungsministeriums vom Februar 2021 gingen davon aus, auch bei Reduzierung bzw. Wegfall der

Förderung durch die EU an weiterführenden Schulen Schulsozialarbeit vorzuhalten, eine Fortsetzung der Förderung in Grundschulen wurde von weiteren Fördermitteln abhängig gemacht, die Perspektiven der Netzwerkstellen und deren Finanzierung war offen. Der Koalitionsvertrag bleibt in seinen Aussagen zu den Perspektiven sowohl hinsichtlich des Umfangs, als auch hinsichtlich der Nachhaltigkeit auch im ungefähren: „Schulsozialarbeit ist ein fester Bestandteil der Schullandschaft. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Verstärkung ein. Insbesondere sollen Schulen in den Blick genommen werden, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben. Für die Steuerung und das inhaltliche Vorantreiben der Schulsozialarbeit bleibt die zentrale Koordinierungsstelle verantwortlich.“

Die GEW Sachsen-Anhalt wird sich weiterhin im Bündnis „Schulsozialarbeit“ für eine Sicherung des derzeitigen Niveaus und für den Ausbau der Schulsozialarbeit engagieren. Notwendig ist ein flächendeckender Ausbau und der Erhalt der regionalen Netzwerkstellen. Grundsätzlich befürwortet die GEW Sachsen-Anhalt die Unabhängigkeit der Schulsozialarbeit.

Für die Beschäftigten muss im Rahmen einer überarbeiteten Förderrichtlinie die tarifgerechte Bezahlung einschließlich Sonder- und Zusatzleistungen aus dem TV-L gewährleistet werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass Schulsozialarbeit auch künftig im Rahmen eines durch das Land, die Landkreise und die EU geförderten Projektes weitergeführt wird.

(→ Seite 7)

Pädagogische Mitarbeiter*innen

Die Koalition bekennt sich zum Einsatz von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage der bestehenden Personalplanungen. „Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wichtiger Bestandteil der Kollegien vor Ort. Insbesondere an Grund- und Förderschulen soll ihr Einsatz entsprechend dem Konzept zum Einsatz pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen.“

Danach sollen mindestens 1.200 Vollzeitstellen dauerhaft vorgehalten werden. Diese Zielstellung wird von der GEW unterstützt. Das Bildungsministerium muss allerdings deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um Stellen zeitnah (neu) zu besetzen. Perspektivisch muss sichergestellt werden, dass alle Grund- und Förderschulen bedarfsgerecht mit Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern versorgt werden. Es ist aus Sicht der



➔ GEW notwendig, die Konzeption anzupassen und die personellen Ressourcen ggf. aufzustocken.

Jugendbildungsarbeit und Jugendsozialarbeit

Im Bereich der Jugend- und Jugendverbandsarbeit bekennt sich die Koalition zu einer verlässlichen Finanzierung mit mehrjährigen Förderperioden. Ausdrücklich wird darin die tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeitenden eingeschlossen. „Die Jugendverbände und den Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt werden wir in ihrer wichtigen Rolle als Sprachrohr der jungen Generation stärken. Wir werden die Jugendverbände verlässlich fördern und eine tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeitenden sicherstellen. Dabei streben wir mehrjährige Förderverträge an. Die Förderung der Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten werden wir vereinfachen, in dem wir u. a. die Abrechnung der Verbandsarbeit ermöglichen. Dem Kinder- und Jugendring werden wir für die fachliche Begleitung einer eigenständigen Jugendpolitik ... sowie für die Umsetzung digitaler Jugendbildung mehr Verantwortung im Rahmen der institutionellen Förderung übertragen.“

Die Finanzierung der Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit in den Verbänden und Kommunen war in den vergangenen Jahren durch kurze und z. T. projektbezogene Förderung durch das Land geprägt. Das führte in der Regel dazu, dass eine verlässliche Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und damit die Sicherung einer beständig guten Qualität für die Träger schwierig war. Der Koalitionsvertrag verspricht für die Zukunft eine verlässlichere Landesförderung, die insbesondere durch mehrjährige Förderverträge und Finanzierung tarifvertraglicher Entgelte der Beschäftigten erreicht werden soll. Die GEW Sachsen-Anhalt begrüßt die Ankündigung der Koalitionsparteien, die Arbeit von Jugendverbänden und Jugendeinrichtungen zu stärken. In die außerschulische Demokratiebildung, die digitale Jugendbildung und die kommunale Jugendarbeit mehr zu investieren, ist dringend notwendig. Die Zusage von verlängerten Förderzeiträumen und die Finanzierung einer tarifgerechten Bezahlung ist positiv zu bewerten. Beides verbessert die Planungssicherheit für die Träger und die Kommunen. Die Fachkräftevergütung würde sich deutlich verbessern. Die Vernetzung von Schulen und Tageseinrichtungen mit den Einrichtungen der örtlichen Jugendarbeit und mit Jugendbildungseinrichtungen wäre wichtig und sinnvoll. (➔ Seite 8)



Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen: Bundesqualitätsgesetz jetzt auf den Weg

(EuW) Seit 2019 ist das Kita-Qualitäts- und Teilhabegesetz in Kraft, wodurch den Ländern bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für den Ausbau der Qualität, aber auch für die Entlastung bei den Elternbeiträgen zur Verfügung stehen. Nach Sachsen-Anhalt fließen in dieser Zeit 140 Millionen Euro, von denen gegenwärtig etwa 58 Prozent in die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder, 21 Prozent in die Qualifizierung von Erzieher*innen in praxisintegrierten Ausbildungsgängen und in die Unterstützung der Ausbildungsbetreuung in den Trägerbetrieben sowie 21 Prozent in die Finanzierung von 137 zusätzlichen Stellen

für Kindertageseinrichtungen mit „besonderen Bedarfen“.

Sowohl Trägerverbände als auch Gewerkschaften kritisieren, dass mit dem Gesetz die Herstellung und Sicherung vergleichbarer Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern noch nicht erreicht wird. Auch die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte werden durch das Gesetz nicht spürbar verbessert. Die Mittel werden aus Sicht der Kritiker zu niedrig und nur zeitlich begrenzt angesetzt, was eine nachhaltige Qualitätsverbesserung nicht garantiert. Zudem wird ein nicht unerheblicher Teil der Mittel für familienpolitische Maßnahmen verwendet und nicht, wie zu erwarten wäre, für die



Bundesverband e.V.



Bundesverband e.V.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Oktober 2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

mit diesem Brief rufen wir Sie/Dich auf, unseren **Aufruf an die neue Bundesregierung** für ein **Bundeskitaqualitätsgesetz** mit Ihrer/Deiner Unterschrift zu unterstützen.

Wir wollen und müssen uns einmischen, damit sich Kindertageseinrichtungen endlich zu guten Orten des Lernens, des Spielens – der frühen Bildung entwickeln.

Kindertageseinrichtungen sind unverzichtbar: Für ein Bundesqualitätsgesetz!

Das jetzige KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz erfüllt nicht die Voraussetzungen, die wir in unseren Kindertageseinrichtungen brauchen.

Nur durch eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation, der Leitungsressourcen und durch mehr Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit kann das Recht jedes Kindes auf eine hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung unabhängig von seinem Wohnort eingelöst und können die Rahmenbedingungen für die pädagogischen Fachkräfte optimiert werden.

Wir – ein Bündnis aus der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) – Bundesverband halten an unserer Forderung für ein Bundesqualitätsgesetz fest, in dem diese strukturellen Standards länderübergreifend und verbindlich festgeschrieben sind.

Dafür haben wir vor wenigen Tagen weit über 100 Verbände, Organisationen, Bündnisse und Einzelpersonen angeschrieben und geworben, sich unserer Position anzuschließen. Täglich erhalten wir positive Rückmeldungen mit der Bereitschaft, sich unserer Forderung anzuschließen.

Damit wir uns erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen einmischen können, **brauchen wir Ihre/Deine Unterschrift!** Als Erzieherin und Erzieher sind Sie/bist Du die Stimme aus der Praxis, aus dem Alltag – aus der Kita selbst.

Schließen Sie, schließe Dich uns an und unterstütze unsere Forderung nach einem Bundeskitaqualitätsgesetz unter folgendem Link: www.gew.de/kita-weiter-denken.

Eine ausführliche Begründung enthält das beigefügte Positionspapier.

Unsere Forderung und das Ergebnis unserer Aktion werden wir im Rahmen einer Pressekonferenz Ende Oktober 2021 veröffentlichen – gestärkt mit hoffentlich tausenden Unterschriften aus jeder Ecke der Bundesrepublik.

Wir freuen uns über Ihre/Deine Beteiligung, danken und grüßen herzlich!

Prof. Dr. Jens M. Schubert
Vorstandsvorsitzender
AWO Bundesverband

Frank Jansen
Geschäftsführer
KTK-Bundesverband

Doreen Siebner
Vorstandsmitglied
GEW Hauptvorstand

bringen!

Qualitätsentwicklung der Einrichtungen. Ein Bündnis aus Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen fordert nun von der Bundespolitik ein klares Bekenntnis für verbesserte Rahmenbedingungen in den Tageseinrichtungen. Dazu muss in der kommenden Legislaturperiode ein Bundesqualitätsgesetz auf den Weg gebracht werden, das bundesweite Kita-Standards setzt und eine finanzielle Beteiligung des Bundes dauerhaft sichert.

Aus Sicht der Initiatoren, zu denen auch die GEW gehört, muss ein Bundesqualitätsgesetz folgende Regelungen enthalten:

1. Es muss einheitliche Standards festschreiben und ausschließlich Maßnahmen zur Qualitätssicherung fördern.
2. Zu den flächendeckend geltenden Mindeststandards muss ein verbesserter Fachkraft-Kind-Schlüssel gehören, der sich an den wissenschaftlichen Empfehlungen orientiert. Hierfür ist ein Schlüssel von 1:2 für die unter Einjährigen, 1:3 für die Ein- bis unter Dreijährigen, 1:8 für die Dreijährigen bis zum Schuleintritt und 1:10 für Kinder im Schulalter vorgesehen.
3. Es ist ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit zu berücksichtigen. Die Vielfalt der Anforderungen setzt gründliche Planung und Reflexion der pädagogischen Arbeit, Beobachtung und Dokumentation, enge Zusammenarbeit mit den Eltern, Fort- und Weiterbildung, Zeit für Teambesprechungen und für die Kooperation mit Schulen und anderen Partnern voraus. Hierfür müssen 25 Prozent der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit zur Verfügung stehen.
4. Leitungskräfte müssen für die komplexen Anforderungen und Aufgaben ausreichend zeitliche Ressourcen zur Verfügung haben. Sie managen den pädagogischen, personellen und wirtschaftlichen Betrieb und tragen Verantwortung für die Umsetzung pädagogischer Konzeptionen, für Personalführung, Teamentwicklung und Kooperationen mit anderen Partnern. Hierfür sind grundsätzlich 20 Stunden je Woche einzuplanen und im Umfang von 0,35 Stunden pro Ganztagsplatz zu erweitern.
5. Die Beteiligung der Fachkräfte, Verbände, Gewerkschaften, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Qualitätsmerkmale muss auf Bundes- und Landesebene strukturell verankert werden.

Praxisintegrierte Ausbildung (PiA): Zukunftsmodell für angehende Erzieherinnen und Erzieher

(EuW_fw) Im Rahmen des Landesmodellprojektes „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ fördert das Land Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2020 bis 2023 eine praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zur Erzieherin bzw. zum Erzieher mit staatlicher Anerkennung. Für den genannten Zeitraum werden 200 Schülerinnen und Schüler an sechs ausgewählten Fachschulen für Sozialpädagogik, die mit Trägern von Kindertageseinrichtungen kooperieren, in einem quasi „dualen Bildungsgang“ ausgebildet. Die PiA ergänzt die bisherigen vollzeitschulischen und berufsbegleitenden Ausbildungsgänge und sichert für alle Schülerinnen und Schüler eine Ausbildungsvergütung für die gesamte Ausbildungszeit.

Aus Sicht der GEW ist diese Ausbildungsform in vielerlei Hinsicht zukunftsweisend, denn sie verbindet die theoretische und praktische Ausbildung besser, als das in den vollzeitschulischen Formen der Fall ist. Sie ermöglicht den beteiligten Trägerbetrieben überdies, den eigenen Fachkräftenachwuchs frühzeitig in die Planungen einzubeziehen, und schafft für die Auszubildenden deutlich bessere Beschäftigungsperspektiven. Die Parallelität praktischer und schulischer Ausbildung vom ersten Tag an ermöglicht einen besseren Transfer des theoretisch erworbenen Wissens in die Praxis und umgekehrt. Die Auszubildenden haben die Möglichkeit, sich frühzeitig in den beruflichen Alltag zu integrieren, sie können im Erziehungsteam von Anfang an gefördert und gefordert werden und sie haben so sehr früh die Möglichkeit, die konzeptionelle Arbeit im Team mitzugestalten. Die Ausbildungsvergütung setzt den Standard, den sich die GEW und viele Schülerinnen und Schüler wünschen. Sie trägt entscheidend dazu bei, die Berufsentscheidung junger Menschen und auch die von Quereinsteiger*innen noch einmal deutlich positiv zu beeinflussen. Künftig muss sich die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern deshalb an einer stärkeren Verzahnung von Theorie und Praxis orientieren und zugleich eine verlässliche Ausbildungsvergütung sichern. PiA kann auch in Sachsen-Anhalt ein Zukunftsmodell werden, wenn sich die Landespolitik an den eigenen Vorhaben orientiert und das bis 2023 laufende Modellprojekt in eine dauerhafte Ausbildungsform überführt. Die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth erklärte dazu gegenüber der EuW: „Bei unserem geplanten Gespräch mit Sozialministerin Petra Grimm-Benne wird dieses Thema ganz oben auf der Tagesordnung stehen.“

Welche Erfahrungen gibt es?

Wie die Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher (PiA) von den Schüler*innen beurteilt wird, wollte EuW von Celine Imhof und Johanna Strauch wissen. Beide sind seit einiger Zeit beitragsfreie Mitglieder in der GEW. Celine Imhof ist Schülerin der BbS „Otto Schlein“ in Magdeburg und bei der Stadt Wanzleben beschäftigt. Johanna Strauch hat einen Ausbildungsvertrag mit dem Studentenwerk Halle. Ihre schulische Ausbildung erhält sie in der BbS V Halle.

In welcher Phase der Ausbildung befindet ihr euch und wie seid ihr auf die Möglichkeit der „Praxisintegrierten Ausbildung“ zur Erzieherin aufmerksam geworden?

Celine Imhof: Ich befinde mich derzeit im dritten und letzten Ausbildungsjahr der praxisintegrierten Ausbildung. Mein Träger veröffentlichte damals eine Stellenausschreibung in unserem Amtsblatt. Durch diese wurde ich auf diese Ausbildungsform aufmerksam.

Johanna Strauch: Ich bin im zweiten Ausbildungsjahr zur Erzieherin in einer praxisintegrierten Ausbildung. Zuvor stand ich bereits seit Jahren in einem festen Arbeitsverhältnis in einem fachfremden Beruf und merkte immer mehr, dass es für mich ‚nur‘ ein Job ist. Den Gedanken, eine Erzieherinnenausbildung zu beginnen, hatte ich bereits seit vier Jahren. Für mich erschien das jedoch unmöglich, da ich mit zwei Kindern keine Ausbildung ohne Entgelt antreten konnte. Ich recherchierte immer mal wieder, ob es vielleicht neue Wege hierzu gibt, und ging weiterhin meiner Arbeit nach.

Als der entscheidende Tipp einer Freundin kam, die auch Erzieherin ist, informierte ich mich über die Möglichkeiten einer solchen Ausbildung und schrieb parallel Bewerbungen an mögliche Träger bzw. Ausbildungsbetriebe.

Die praxisintegrierte Ausbildung soll die schulische und die praktische Ausbildung besser vernetzen. Wie könnt ihr die praktischen Erfahrungen des Kita-Alltags in die schulische Ausbildung einbringen und umgekehrt?

Celine Imhof: In der theoretischen Ausbildung helfen uns unsere Erfahrungen aus der Praxis oft dabei, bestimmte Sachverhalte und Prozesse besser zu verstehen, da wir viel mit Beispielen aus unserem Arbeitsalltag arbeiten können. Oft ist es auch so, dass wir durch die Arbeit in den verschiedenen Einrichtungen



Foto: privat

Celine Imhof ist Schülerin der BbS „Otto Schlein“ in Magdeburg und bei der Stadt Wanzleben beschäftigt.



Foto: privat

Johanna Strauch hat einen Ausbildungsvertrag mit dem Studentenwerk Halle, ihre schulische Ausbildung erhält sie in der BbS V Halle.

→ auch neue Anregungen bekommen, wie bestimmte Teile der theoretischen Ausbildung dann in der Praxis umgesetzt werden können (z. B. die Arbeit nach bestimmten pädagogischen Konzepten, Konzeptionsentwicklung, Eingewöhnungsverfahren, Elterngespräche etc.)

Doch auch andersherum funktioniert die Vernetzung sehr gut. So können oft gelernte Inhalte aus der Schule direkt in der Praxis angewendet werden. Wir probieren dabei zum Beispiel Angebotsideen, Beobachtungsmethoden und Methoden zur Elternarbeit aus. Das vermittelte Fachwissen in der Schule hilft mir auch dabei, mich regelmäßig in der praktischen Tätigkeit zu reflektieren und gegebenenfalls Anpassungen bzw. Veränderungen vorzunehmen.

Johanna Strauch: Das klappt einwandfrei und wird auch dankend so angenommen und genutzt. Mehrere Lehrer und Dozenten der Berufsschule loben immer wieder die gute Mitarbeit und die praxisnahen Beispiele seitens der Schülerinnen und Schüler. Und auch in der Praxis wird immer wieder nachgefragt, ob es etwas Neues aus der Theorie gibt. Meine Mentorin steht Vorschlägen sehr offen gegenüber.

Wie funktioniert die Unterstützung in der praktischen Ausbildung?

Celine Imhof: In der praktischen Ausbildung steht mir eine Praxisanleiterin zur Seite. Sie gibt Orientierung und Anregungen für die praktische Arbeit und erarbeitet mit mir einen Ausbildungsplan, an dessen Umset-

zung wir dann auch gemeinsam arbeiten. Hierzu gehört auch eine regelmäßige Reflexion, um zu schauen, ob man bereits gut an seinen Zielen arbeitet oder wo vielleicht noch Ressourcen wären.

Johanna Strauch: Ich bin sehr froh, in dieser Praxiseinrichtung meine Ausbildung machen zu dürfen. Meine Kolleginnen hier unterstützen mich, wo es nur geht, und geben sich die größte Mühe, damit ich die relativ hohen Anforderungen auch wirklich erfüllen kann.

Was müsste aus deiner Sicht in der Ausbildung verbessert werden bzw. welche kritischen Punkte würdest du ansprechen?

Celine Imhof: Wir werden häufig mit den Vollzeitklassen verglichen. Dabei verläuft unsere Ausbildung ganz anders und einige Punkte können daher auch nicht eins zu eins aus der Vollzeitausbildung übernommen werden. Hier müsste noch etwas nachgebessert und an die praxisintegrierte Ausbildung angepasst werden.

Johanna Strauch: Es wird vorgeschrieben, dass man in den Altersgruppen unter sechs Jahren und auch über sechs Jahren tätig sein muss, was ja theoretisch sehr gut ist, um verschiedenste Erfahrungen zu sammeln. Leider wird bei „über sechs“ die Arbeit im Hort vorgeschrieben. Ich persönlich hätte stattdessen gern Einblicke in die Arbeit von Kinder- und Jugendwohnheimen bekommen. Das geht in dieser Ausbildung leider nicht.

Wie hoch ist eure Ausbildungsvergütung und findet ihr diese Vergütung angemessen?

Celine Imhof: Wir werden nach dem Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVöD) bezahlt und ich befinde mich im dritten Lehrjahr in der Stufe 3. Mit dem Erreichen eines neuen Schuljahres steigert sich auch unser Entgelt. Die Vergütung finde ich, vor allem auch im Vergleich zu anderen Ausbildungsberufen, vollkommen angemessen.

Johanna Strauch: In der dreijährigen Ausbildungszeit beginnt die Ausbildungsvergütung mit 1.140 € brutto und endet bei 1.303 € brutto. Das ist für alle PiA-Azubis vom Ministerium festgelegt worden. Für mich als Mutter ist das gerade so ausreichend. Wenn ich jedoch zurückdenke an meine Berufsausbildung als Industriekauffrau – da bekam ich bloß etwas mehr als die Hälfte. Im Großen und Ganzen finde ich das sehr in Ordnung! Und ohne diese Möglichkeit der bezahlten Ausbildung, hätten bei mir Herz und Beruf nie zueinander gefunden.

Die GEW ist in den Berufsschulen unterwegs, um Schülerinnen und Schüler dort über den Berufseinstieg, die Möglichkeiten der Interessenvertretung und die Unterstützung bei berufsfachlichen Fragen durch die GEW zu informieren. Inwieweit waren diese Veranstaltungen für euch hilfreich?

Projekttag der GEW an Fachschulen: Die GEW kennen und schätzen lernen



(EuW) Angehende Erzieherinnen und Erzieher mit den Aufgaben und der Arbeitsweise der GEW vertraut zu machen, ihnen Tipps für den Berufseinstieg zu geben und sie beim Abschluss von Praktikums- und Arbeitsverträgen zu beraten, ist ein Teil der seit einigen Jahren von der GEW Sachsen-Anhalt initiierten Projekttag an Fachschulen für Sozialpädagogik.

Jenny Haberland, Organisationssekretärin beim Landesvorstand der GEW, hat inzwischen ein breites Netzwerk mit Schulen und Lehrkräften aufgebaut und nutzt die Möglichkeiten, die GEW bei den Schülerinnen und Schülern bekannt zu machen. Neben den Projekttagen organisiert Jenny spezielle Fortbildungsmaßnahmen, die die angehenden Fachkräfte unterstützen sollen, ihre fachlichen und berufspolitischen Kenntnisse zu erweitern.

Unterstützt wird dieses Engagement durch einen Beschluss des Landesvorstandes zu einer befristeten beitragsfreien Mitgliedschaft für Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung. Sie soll die Bindung junger Mitglieder an die GEW fördern und den Übergang in die Vollmitgliedschaft beim Berufsstart vorbereiten.

Jenny, wie wird dein Angebot, den Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Unterrichtspraktiken/Informationen zur beruflichen Interessenvertretung zu vermitteln, von den Lehrkräften angenommen?

Der Kontakt zu den Lehrkräften wie auch zu den Schülerinnen und Schülern in den Berufsbildenden Schulen ist sehr wertschätzend. Die Zeiträume und Themenschwerpunkte suchen sich die Lehrkräfte selbst aus. In Kooperation mit ihnen stellen wir den Auszubildenden interessante Bereiche zusammen und in den Seminaren und vor allem bei den Projekttagen können die Schülerinnen und Schüler jederzeit Fragen stellen und eigene Schwerpunkte einfließen lassen. Besonders Schüler*innen in der berufsbegleitenden Ausbildung zum/zur Erzieher*in und Auszubildende im Praktikum haben viele praktische Fragen und signalisieren Interesse am Austausch.

Mit welchen Schwerpunkten und Informationen wendest du dich an die Schülerinnen und Schüler?

Die Schwerpunkte werden in Abhängigkeit vom Ausbildungsjahr gewählt und orientieren sich an den Bedarfen der Lehrkräfte

und Schülerinnen und Schüler. Sehr interessant für die zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher sind die Eingruppierungs- und Entgeltbedingungen, dementsprechend stelle ich Tarifverträge mit Beispielen aus der Praxis und die Bedeutung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vor. Die Fragenstellungen der Auszubildenden verändern sich natürlich mit zunehmender Praxiserfahrung, hier stehen dann Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer*in, Bewerbungsgespräche und Arbeitsverträge im Zentrum.

Welches Feedback erhältst du von den angehenden Erzieherinnen?

Die Hinweise und Tipps, die ich für den Berufseinstieg gebe, und unsere Fortbildungsangebote werden von den Auszubildenden gut angenommen und sind oft Ausgangspunkt für eine nachhaltige Zusammenarbeit.

Die GEW bietet für die jungen Leute eine beitragsfreie Mitgliedschaft an (→ Seite 11). In welchem Umfang wird dieses Angebot angenommen und in welcher Form werden die jungen Kolleginnen und Kollegen danach betreut?

Schulsozialarbeit: Neues Förderprogramm geplant

Celine Imhof: Die Veranstaltungen der GEW waren vor allem deshalb hilfreich, weil sie regelmäßige Weiterbildungen speziell für Auszubildende organisiert und für Mitglieder kostenlos durchführt. Von diesem Angebot kann man super profitieren und viel zusätzliches Wissen mitnehmen. Sie dienen einem als gutes Handwerkszeug. Auch die persönliche Beratung bei Problemen oder Unsicherheiten war für einige meiner Klassenkameraden sehr hilfreich.

Johanna Strauch: Ich fand sie auch sehr interessant und aufschlussreich. Beispielsweise wusste ich zuvor nicht, dass es durch die GEW so umfangreiche Möglichkeiten zur Weiterbildung gibt.

(EuW – fw) Eine dpa-Meldung mit der Überschrift „Schulsozialarbeit soll in Sachsen-Anhalt ausgeweitet werden“ ließ am 29. August 2021 aufhorchen, denn trotz vielfacher Bekundungen der alten Landesregierung und eines deutlichen Bekenntnisses der CDU/SPD/FDP-Koalition zur Schulsozialarbeit ist nach wie vor offen, wie und in welchem Umfang nach Auslaufen des derzeitigen ESF-Programms „Schulerfolg sichern“ im Juli 2022 die Tätigkeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter fortgesetzt bzw. verstetigt werden soll.

„Tendenziell wird es mehr Stellen für Schulsozialarbeit geben“, erklärte eine Sprecherin des Bildungsministeriums auf Nachfrage der dpa. Danach solle es in der neuen Förder-

periode ein Programm zur Schulsozialarbeit geben, das sich in seiner konkreten Ausgestaltung nach den Vorgaben der EU richten wird. Diese befindet sich derzeit noch in der Ausarbeitung. Für den kommenden Förderzeitraum, so die Ministeriumssprecherin, werde insgesamt ein Fördervolumen von 263 Millionen Euro zur Verfügung stehen. 158 Millionen Euro würden davon aus der EU erwartet.

Damit verdichten sich die Informationen, dass es auch über das Jahr 2022 hinaus Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt geben wird. Ein Anschluss an das bestehende Programm „Schulerfolg sichern!“ ist wahrscheinlich. Informationen aus dem Bildungsministerium besagen, dass im November 2021 die künftigen Förderrichtlinien präzisiert und veröffentlicht werden.

*Schulsozialarbeit
dauerhaft verankern!*

Erziehung und Wissenschaft
Sachsen-Anhalt

LandesSchülerRat
Sachsen-Anhalt

deutsche blinden-
und jugendstiftung

LandesSchülerRat
Sachsen-Anhalt

LIGA
der freien Wohlfahrtspflege
im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Neuer Förder- zeitraum bis 2028

Entgegen bisheriger Absichtserklärungen, die Schulsozialarbeit aus der Projektphase in eine dauerhafte und nachhaltige Struktur zu überführen, ist nach den derzeitigen Erkenntnissen davon auszugehen, dass der Projektstatus aufgrund der EU-Fördermittel, die insgesamt 60 Prozent der Gesamtfinanzierung ausmachen werden, erhalten bleibt. Die Träger der aktuellen Schulsozialarbeitsprojekte werden sich,

so unsere Einschätzung, neu bewerben müssen.

Landkreise sollen finanziell beteiligt werden

Wie bereits angekündigt, sollen sich künftig auch die Landkreise an der Finanzierung der Schulsozialarbeit beteiligen. Das ist insofern bedeutsam, weil davon auszugehen ist, dass sie damit auch hinsichtlich der Indikation sozialer Arbeit an Schulen mitbestimmen werden. Abgesehen davon bleibt offen, ob alle Landkreise überhaupt in der Lage sein werden, die Kofinanzierung stemmen zu können. Ggf. könnte damit auch eine Neugestaltung der Netzwerkarbeit verbunden sein. Weitgehend unstrittig ist bisher nur, dass die zentrale Netzwerkstelle erhalten werden soll. Deshalb ist es notwendig, die Perspektiven und vor allem die Trägerstruktur der Netzwerkstellen zu klären. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass die langjährigen Erfahrungen und die bestehenden Kooperationsbeziehungen der bisherigen Netzwerkstellen verloren gehen.

Aktivitäten im Bündnis

Ein Bündnis aus GEW, Deutscher Kinder- und Jugendstiftung, Landesschüler- und Landeselternrat sowie der LIGA der freien Wohlfahrtspflege hatte in den vergangenen Jahren für eine Verstetigung und einen sukzessiven Ausbau der Schulsozial-



Foto: Andreas Kubina

Ausbildung für Fortbildungen interessieren. Welche Themen sind für die angehenden Fachkräfte dennoch interessant und werden wahrgenommen? Viele zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher erkennen ihren Fortbildungsbedarf, vor allem durch die gesammelten Praxiserfahrungen, und melden sich schon kurz

nach der GEW-Veranstaltung mit Fortbildungsvorschlägen. Die Motivation, sich zu praxisorientierten Themen wie Beobachtungs- und Dokumentationsinstrumente in Kindertagesstätte und Hort, verhaltensbesondere Kinder und zum Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ fortzubilden zu lassen und auszutauschen, ist sehr groß und das Teilnahmezertifikat bereichert letztendlich ja auch eine Bewerbungsmappe.

Das niedrigschwellige Angebot, in der gesamten schulischen Ausbildungszeit kostenfrei Mitglied der GEW zu sein, ist für die zukünftigen Erzieher*innen eine Bereicherung und wird gut angenommen. In dieser Zeit geben wir den Auszubildenden eine Plattform des Austauschs, um Fragestellungen und Probleme konstruktiv zu bearbeiten und sich intensiv und praxisnah weiterzubilden. Damit wecken wir das Interesse für eine Mitgliedschaft in der GEW auch nach der Ausbildung.

Stichwort Fortbildung: Man erwartet ja nicht unbedingt, dass Fachschülerinnen und Fachschüler sich parallel zu ihrer

→ arbeit geworben und 2019 etwa 119.000 Unterschriften für den Erhalt der Schulsozialarbeit gesammelt und der Landesregierung übergeben. Bereits Ende Oktober 2021 hat sich das Aktionsbündnis zur Verstetigung der Schulsozialarbeit zu notwendigen Maßnahmen verständigt. Ein Gespräch mit der Bildungsministerin soll klären, wie das neue Programm ausgerichtet und gestaltet werden soll. Auch die Kontakte in die Landtagsfraktionen und zu den kommunalen Spitzenverbänden sollen vertieft werden. Es muss das gemeinsame Ziel aller Beteiligten sein, die bestehenden Schulsozialarbeitsprojekte fortzuführen und darüber hinaus in weiteren Schulen Schulsozialarbeit zu etablieren.

Beschäftigungs- und Entgeltbedingungen verbessern

Für die GEW Sachsen-Anhalt bleibt die Sicherung stabiler Beschäftigungs- und Entgeltbedingungen für alle Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter das wesentliche gewerkschafts-politische Ziel. Es soll deshalb darauf hingewirkt werden, dass in den neuen Förderrichtlinien die Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen klarer am Tarifvertrag der Länder (TV-L) festgemacht wird. Es reicht nicht, die Förderung an eine Entgeltgruppe zu koppeln, sondern es müssen Regelungen zur Anwendung der §§ 12 bis 17 des TV-L vereinbart und sichergestellt werden, dass sich die Personalkostenförderung an den Normen der Stufenentwicklung innerhalb der Entgeltgruppe des TV-L orientiert, so dass Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter die Erfahrungen in der Tätigkeit honoriert bekommen. Bestandteil der Förderung muss auch die regelmäßige Zahlung einer Jahressonderzuwendung gemäß § 20 TV-L sein.

Interessenvertretung sichern

Auch wenn es Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern nicht immer opportun erscheint, die eigenen Interessen offensiv zu vertreten, weil die eigene Orientierung häufig an der sozialen Arbeit und an deren Zielen festgemacht wird, sei darauf hingewiesen, dass es ohne klare Forderungen und die offene Vertretung eigener beruflicher Interessen viel schwerer ist, Ziele konkret zu formulieren und diese gemeinsam durchzusetzen. Die GEW steht hier als Partnerin zur Verfügung. Mitmachen kann sich deshalb lohnen. Abwarten ist eher kontraproduktiv, denn nur wenn die Beschäftigten ihre Expertise und ihre Mitarbeit einbringen, ist eine erfolgreiche Interessenvertretung möglich.

Außerschulische Kinder- und Jugendbildung: Die Förderung stabiler Strukturen ist dri

(EuW) Die Folgen der Corona-Pandemie haben sich enorm auf die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe ausgewirkt. Insbesondere in der Jugendarbeit und den flankierenden Handlungsfeldern gab es einzigartige Situationen: Jugendhäuser durften für junge Menschen nicht mehr oder nur unter strikten Auflagen öffnen, Workshops in der außerschulischen Jugendbildung mussten abgesagt werden, Präventionsangebote im Jugendschutz waren oft nicht möglich.

Dabei zeigten die besonderen Herausforderungen der letzten Monate einmal mehr die generell massiven Probleme und die fragile Struktur dieser Bereiche. Trotzdem standen die hier betroffenen Berufsgruppen selten im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.

Daher war es der Redaktion der EuW wichtig, hier einmal beispielhaft Kolleginnen und Kollegen aus Jugendarbeit, außerschulischer Jugendbildung und erzieherischem Kinder- und Jugendschutz zu Wort kommen zu lassen. Die Gespräche führte Olaf Schütte, Geschäftsführer des fjp>media e. V., Verband junger Medienmacher Sachsen-Anhalt.



Daniel Mauer, Medienpädagoge im Medientreff zone!

Daniel, was sind die Handlungsfelder deiner Einrichtung? Was machst du da konkret?

Der **Medientreff zone!** beschäftigt sich mit medienpädagogischen Themen und mit Jugendmedienschutz – unsere ganze Arbeit hat dazu einen Bezug. Dazu gehört auch die offene Kinder- und Jugendarbeit. Der Medientreff zone! ist ein täglicher offener Treff, in dem die Besuchenden Spiele spielen, Bewerbungen schreiben oder bei schulischen Belangen Unterstützung finden. Bei alledem gucken wir immer hin, was junge Menschen mit ihren Smartphones oder in den Medien machen. So kommen wir ins Gespräch, warum gerade dieses Spiel so interessant oder diese App so angesagt ist. Neben dem offenen Treff gibt es Arbeitsgemeinschaften, in denen sich Heranwachsende regelmäßig mit speziellen Themen beschäftigen können. Auch das hat bei uns in der Regel einen medienpädagogischen Bezug. So gibt es beispielsweise eine AG, in der Kinder und Jugendliche niedrigschwellig und spielerisch eigene Computerspiele erstellen können.

Außerdem organisieren wir Ferienangebote für einzelne junge Menschen, aber auch für Gruppen aus stationären Einrichtungen. Dazu gehören unter anderem die Kindermedientage, in denen Kinder selbst Medien gestalten können.

Unser Profil weicht etwas von klassischen Jugendeinrichtungen ab, weil wir daneben auch Bildungsangebote haben, die sich an Fachkräfte, Eltern und Heranwachsende richten. So gibt es medienpädagogische Workshops für Kita-Erzieher*innen oder Schulsozialarbeiter*innen und Lehrer*innen oder Elternabende zu Medienthemen. Außerdem werden viele Projekte für Kinder und Jugendliche zu Jugendmedienschutz-Themen wie Cybermobbing nachgefragt. Und natürlich beraten wir Eltern und Fachkräfte zu Themen wie exzessiver Mediennutzung, zu didaktischen Fragen oder zu Jugendschutzprogrammen. Nicht zuletzt sind wir in zahlreichen Gremien und Netzwerken aktiv, klassisch in lokalen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, aber auch in der Partnerschaft für Demokratie oder dem Stadtjugendring. Während der Corona-Zeit haben wir ein eigenes Treffen zur digitalen Jugendarbeit in Magdeburg initiiert.

Wir sind zwei Medienpädagogen in der Einrichtung. Meine Hauptaufgaben bestehen in der Durchführung von Bildungsangeboten, der Betreuung des offenen Treffs, in der Koordination und Anleitung von Freiwilligendienstleistenden und Praktikant*innen und in der Gremienarbeit.

Welche Dinge – strukturell und inhaltlich – haben sich in den letzten Jahren wie verändert? Wie wirkt sich das auf deine Arbeit aus?

Eine einschneidende Sache war natürlich in der letzten Zeit Corona mit den entsprechenden Auflagen. Die haben dazu geführt, dass wir weniger in Präsenz arbeiten konnten und mehr digitale Angebote entwickelt haben. Dazu gab es auch sehr viele Anfragen, wie digitale Formate der Jugendarbeit durchgeführt oder generell Medien in die Arbeitsprozesse eingebunden werden können. Aktuell sind diese Angebote schon wieder in den Hintergrund gerückt, weil einfach niemand die Kapazitäten hat, beides ausreichend zu bespielen. Und sicherlich ist auch eine gewisse Müdigkeit bei den Fachkräften gegenüber digitalen Angeboten eingetreten. Das trifft auch auf Kinder und Jugendliche zu, auch sie sind froh, sich wieder „in echt“ treffen zu können, in der Einrichtung vor Ort zu sein. Wir haben aber während der Hochphase der Einschränkungen erlebt, dass Heranwachsende teilweise darunter gelitten haben, dass sie nur zuhause waren. Und klar gab es schon Unterschiede, wie junge Menschen im digitalen Bereich partizipieren konnten. Wir hatten Kids, die von hier aus ihre Hausaufgaben machen mussten, weil ihnen zuhause schlicht die Technik fehlte.

ngend erforderlich!

In den Jahren davor hatte sich schon der Datenschutz in der Jugendarbeit zu einem größeren Thema entwickelt. Seitdem ist die Sensibilität für Datenschutz immens gewachsen. Es gibt nach wie vor große Unsicherheiten, aus denen auch massive Berührungssängste und eine gewisse Lähmung im Umgang insbesondere mit Medien führt: Was darf ich wann fotografieren, welche Messenger darf ich unbesorgt nutzen? Generell erleben wir im Moment eine Art Neustart, wir müssen die Zielgruppe neu gewinnen. Viele haben in der Zwischenzeit andere Sachen gefunden, die sie machen können, einige dürfen aufgrund der Sorge um Ansteckung nach wie vor nicht kommen. Wir mussten ja mit Anmeldungen arbeiten – aber welcher Jugendliche meldet sich für einen spontanen Besuch schon an? Auch gegenwärtig müssen die Leute hier mit Maske sitzen, das ist einfach unattraktiv.

Welche Wünsche oder Forderungen hast du an die Landes- und/oder Kommunalpolitik?

Kinder- und Jugendarbeit braucht eine stärkere Lobby, eine breitere öffentliche Wahrnehmung. Ich habe in den Jahren hier schon oft den Satz gehört: „Schön, dass es Einrichtungen wie diese gibt“. Das ist auf der einen Seite ein schönes Kompliment, auf der anderen Seite aber kritisch, dass Jugendarbeit so unter dem gesellschaftlichen Radar ist.

Wir betrachten uns, neben Elternhaus und Schule, auch als wichtige Bildungsinstanz, nicht nur als Freizeiteinrichtung, in der nur abgehängt und gespielt wird. Wir begleiten Kinder und Jugendliche pädagogisch und unterstützen so auch die Persönlichkeitsentwicklungen immens.

Zudem ist offene Kinder- und Jugendarbeit ein Treffpunkt von heterogenen Zielgruppen, den es in der Form nirgendwo anders gibt. Hier gibt es Möglichkeiten, dass sich junge Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Hintergründen treffen und Zeit gemeinsam verbringen können. Sie müssen Regeln aushandeln und das Umfeld gestalten – wo gibt es so etwas sonst?

Schwierig ist es, dass wir ständig gezwungen sind, Eigenmittel zu erwirtschaften. Da steht immer eine wirtschaftliche Betrachtung im Mittelpunkt, nicht der pädagogische Gedanke. Beschäftigte bei kleinen Trägern sind hier deutlich mehr in der Verpflichtung, weil hinter ihnen keine große Struktur der Geldverteilung steckt. Hier müssen unterschiedliche Träger auch in der Förderung entsprechend berücksichtigt werden.

Schade ist auch, dass es in der Jugendarbeit landesweit keine einheitliche Diskussion zur Jugendhilfeplanung gibt. Das Verfahren der Planung sollte vergleichbar sein. Es könnten sicher gemeinsame Kriterien entwickelt werden. Für mich fühlt sich da vieles sehr willkürlich an.

Klar braucht es insgesamt mehr zeitliche Ressourcen für Vor- und Nachbereitung oder Fortbildungen. Wir haben viel zu wenig Zeit für Recherche dynamischer Ver-

änderungen im Medioumfeld. Für zwei Fachkräfte und zwei Freiwillige gibt es 170 Euro Fortbildungsmittel im Jahr. Was den Mehraufwand für Ausstattungen gerade durch die Digitalisierung anbelangt: Technik muss immer zwei Jahre im Voraus beantragt werden. Das ist natürlich wenig sinnvoll. Schlussendlich finde ich es schwierig, dass es Förderungen immer nur für ein Jahr gibt. In Magdeburg geht die Jugendhilfeplanung über vier Jahre, dazu könnte es auch eine entsprechend lange Förderphase geben. Das ist eine Unsicherheit, die an die Beschäftigten weitergereicht wird.



Foto: Olaf Schütte

Anna-Sophie Schröder, Jugendbildungsreferentin bei fjp>media

Anna-Sophie, was sind die Handlungsfelder deiner Einrichtung? Was machst du da konkret?

Wir bieten als Jugendmedienverband in Sachsen-Anhalt Workshops und Seminare zu Medienthemen im außerschulischen Bereich an. Zielgruppe sind dabei vor allem junge Menschen zwischen zehn und 27 Jahren. Wir schauen uns an, was Kinder und Jugendliche für Medien nutzen, was ihre Themen sind, was sie interessiert. In der letzten Zeit lag ja der Fokus sehr auf digitalen Formaten, da haben wir Veranstaltungen zu Youtube oder Instagram angeboten. Schülerzeitungen sind aber immer ein großes Thema.

Generell unterstützen wir Jugendliche, aktiv Medien zu gestalten, arbeiten aber auch zu Fragen wie Medien in der Demokratie. Das ist gerade aktuell durch Verschwörungstheorien und Fake News wichtig.

Jugendbildungsarbeit hat für uns auch die Aufgabe, dass junge Menschen so auf unseren Verband aufmerksam werden. Eine Bildungsveranstaltung kann Eintrittsschiene sein, uns kennenzulernen, sich zu begeistern und sich im besten Fall bei uns zu engagieren.

Ich arbeite in einem kleinen Team, neben mir gibt es nur eine Freiwillige. Ich schaue mir an, was gerade die Trends und Interessen junger Menschen sind, und leite daraus relevante Themen ab. Dann bereite ich die Veranstaltungen vor, werbe um Teilnehmende, führe Veranstaltungen durch und bereite sie nach. Ein wichtiger Punkt ist dabei immer auch die Dokumentation. Wir wollen und müssen gut nachweisen, wofür wir Fördermittel ausgeben.

Zudem versuche ich mich in Netzwerken und Gremien auszutauschen. Das ist wichtig, um zu schauen: Gibt es gerade andere Trends oder ist einem irgendetwas entgangen? Medien als Thema entwickeln sich ja sehr dynamisch. Zudem kann man sich so über neue Methoden oder formelle Vorgaben austauschen. Natürlich gebe ich mir Mühe, da mitzuhalten. Wenn man aber nur eine Kollegin im Büro ist und lediglich eine FSJlerin als Verstärkung hat, muss man sich die Zeit dafür gut einteilen.

Welche Dinge – strukturell und inhaltlich – haben sich in den letzten Jahren wie verändert? Wie wirkt sich das auf deine Arbeit aus?

Ich wünschte, ich könnte sagen, dass sich in den vergangenen Monaten mehr geändert hat. Klar, es gab Möglichkeiten für digitale Formate und Änderungen in den Fördermöglichkeiten. Durch die Corona-Situation haben sich aber bestimmte Umstände noch verschärft. Gerade die Verwaltungsvorgaben für unseren Bereich waren nicht immer klar. Und die Bedingungen waren eben auch bei den Jugendlichen zum Teil miserabel. Wie macht man einen guten digitalen Workshop, wenn 15 Menschen vor einem PC sitzen?

Was auch kaum jemand gesehen hat, ist, um wie viel aufwändiger Online-Veranstaltungen sein können. Wenn ich sechs Online-Veranstaltungen zu je zwei Stunden zu verschiedenen Themen mache, habe ich damit nahezu den gleichen Aufwand, als wenn ich ein analoges Wochenende planen würde.

Gut und wichtig war aber, dass keine Stellen abgebaut werden mussten. Ich verstehe auch, dass das Land sein Möglichstes getan hat, die Förderbedingungen anzupassen. Aber dass sie angepasst werden mussten, zeigt eigentlich, wie willkürlich dieser Rahmen der Richtlinien zur Jugendbildung gesetzt ist.

Generell hat sich unter Corona die Verbindlichkeit zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen verändert. Gerade bei Online-Veranstaltungen kamen weniger Leute oder blieben einfach trotz Anmeldung weg. Das macht es schwerer, zu kalkulieren. Klar ist auch, dass man länger als drei oder vier Stunden schwer Bildungsveranstaltungen am Computer machen kann. Andererseits leiden Gruppenfindung, Beteiligung oder Feedback unter kürzeren digitalen Formaten. Daraus kann man erkennen, dass man nicht einfach alles digitalisieren kann, weder Konzepte noch Methoden. Man muss da schon richtig Arbeit reinstecken, um etwas ähnliches wie in einer analogen Veranstaltung zu erreichen. Hinzu kommt, im Digitalen gibt es auch viel Konkurrenz: Influencer*innen, niederschwellige Unterhaltung und den krassen Fußballstar. Sich da eine Nische zu erarbeiten, zieht eine Menge Zeit, die wir in der Regel aber nicht haben.



➔ **Welche Wünsche oder Forderungen hast du an die Landes- und/oder Kommunalpolitik?**

Ich möchte mich gern auf meine Jugendbildungsarbeit konzentrieren und weniger mit Verwaltung zu tun haben. Ich bin dafür nicht ausgebildet, aber natürlich wird vorausgesetzt, dass man diese Sachen erledigt. In einem kleinen Träger gibt es da kaum unterstützende Struktur und es wäre sehr entlastend, wenn das anders wäre.

Grundsätzlich zu begrüßen ist es, dass Fördermittel für Jugendbildung für drei Jahre bewilligt werden. Ich würde mir wünschen, dass hier auch erkannt wird, dass Veranstaltungen nicht immer sechs Stunden dauern müssen, damit sie Bildung sind. Unter Corona konnte man digitale Formate in kleinere Stundencluster splitten – ich halte das auch unbedingt für analoge Veranstaltungen für sinnvoll und nötig. Bewertet werden wir als Beschäftigte und Träger immer nach Papier. Grundsätzlich wäre es gut, wenn die Landesverwaltung sich auch einmal bei verschiedenen Trägern anschauen würde, wie Jugendbildung eigentlich funktioniert.

Wir konkurrieren ohnehin um die immer beschleunigte Zeit der Jugendlichen zwischen Schule und Freizeit. Nötig ist daher eine Stelle für Jugendverbandsarbeit. So können Vereinsaufgaben besser koordiniert, Mitglieder gewonnen und Aktive gehalten werden. Es ist für kleine Vereine eine große Herausforderung, eine aktive Struktur am Leben zu halten. Das betrifft auch alle klassischen Aufgaben wie Organisation von Aktiventreffen oder Datenbankpflege. Wir können nichts gegen den generellen Trend der Beschleunigung machen, aber wir könnten mit Verbandsreferent*innen unser Vereinsleben für junge Menschen attraktiver machen.

präventiv, sondern es sind konkrete Probleme, die sich in Jugendklubs, Schulen, Horten, Heimen oder ähnlichen Einrichtungen ergeben haben.

Dabei versuchen wir immer, im systemischen Ansatz zu arbeiten. Wenn wir mit Heranwachsenden Projekte machen, versuchen wir, die pädagogischen Fachkräfte mit in das Thema einzubeziehen, damit es nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bleibt, wenn wir mit den Kindern einmalig arbeiten.

Generell versuchen wir, uns viel mit der Lebenswelt von jungen Menschen auseinanderzusetzen. Neben der Recherche sind daher diese Veranstaltungen mit Heranwachsenden wichtig, weil uns da gespiegelt wird, was sie beschäftigt, umtreibt oder sorgt.

Als Jugendschutzreferentin berate ich Anfragende am Telefon, die ein konkretes Problem haben. Bei mir sind das die Schwerpunkte Kindeswohlgefährdung, sexualisierte Gewalt und rechtliche Fragen des Jugendschutzes.

Problemstellungen vor Ort versuchen wir zu lösen, indem wir ein Präventionsangebot für die Kinder und Jugendlichen organisieren, die nicht direkt davon betroffen sind. So können sie erfahren, wie sie sich verhalten können, wenn sie einmal in vergleichbare Situationen kommen. Hier versuche ich, die Multiplikator*innen mitzunehmen, ihnen die wichtigsten Grundregeln mitzugeben und rechtliche und pädagogische Handlungsoptionen zu vermitteln, damit sie dann selbstständig künftig handeln können.

Welche Dinge – strukturell und inhaltlich – haben sich in den letzten Jahren wie verändert? Wie wirkt sich das auf deine Arbeit aus?

Die Überforderung der pädagogischen Fachkräfte hat sich verstärkt. Die Themenvielfalt in unserer Arbeit ist größer geworden, damit fühlen sich viele noch mehr überfordert. Zudem haben wir den Eindruck, dass noch weniger Prävention stattfindet – viele melden sich erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Entweder fehlen die zeitlichen Ressourcen oder oft auch das Geld. Fachkräfte können sich daher zu vielen Themen gar nicht mehr fortbilden, geschweige denn Angebote für Heranwachsende machen.

Während Corona hat sich vieles noch mehr in den medialen Raum verschoben, es sind Probleme aufgeplopt, die vorher für viele nicht so greifbar waren. Plötzlich stand der Datenschutz wieder im Fokus, weil man sich viel über Medien verständigen musste. Da wurde nicht mehr das Taschengeld abgezogen, dafür gab es online Erpressungen. Wir hatten auch viel mit Challenges zu tun, digital verbreiteten Mutproben. Aufgekommen – und das hält an – sind massive Gefährdungen sexueller Art.

Wir haben durch diese vielen Themen einen großen Aufwand, uns mit allen zu beschäftigen. Schlimm ist feststellen zu müssen, dass es nur wenige Protagonisten im Jugendschutz gibt und man sich

das Thema daher kaum aufteilen kann. Viele Anfragen – ob an Jugendämter oder Beratungsstellen – landen doch wieder bei uns, weil es im Land niemanden gibt, der speziell dazu etwas macht.

Welche Wünsche oder Forderungen hast du an die Landes- und/oder Kommunalpolitik?

Wir brauchen definitiv die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Anreiz, um präventiv zu arbeiten, den Jugendschutz auch als Querschnittsaufgabe zu begreifen und in die eigene Arbeit einfließen zu lassen. Viele Kolleg*innen sind schon sehr offen und bereit, sich mit solchen Themen zu beschäftigen, dürfen oder können aber oft nicht.

Von der Verwaltung und der Politik wünsche ich mir eine Offenheit für Probleme von Heranwachsende, das nicht abzutun als Phase, die schon wieder von allein vorbei geht.

Oft wird da wenig präventiv gedacht, sondern nur versucht, Dinge abzuhaaken. Wenn etwas aufplopt, was politisch brisant ist, wird versucht, schnell ein kurzes Projekt darum zu stricken, um da einen Haken dahinter zu machen. So nach dem Motto: Seht, wir haben uns damit beschäftigt.

Es wäre aber viel wichtiger, weiter nach vorn zu schauen, sich auch mal wirklich mit den Themen auseinanderzusetzen, die Kinder und Jugendliche beschäftigen, und nicht nur mit Erwachsenensicht darauf zu blicken.

Wenn diese „Projektitis“ nicht wäre, könnte vielleicht auch wirklich gut mit jungen Menschen gearbeitet werden, damit bestimmte problematische Gemengelagen gar nicht erst entstehen. Stattdessen gibt es Projekte für ein oder zwei Jahre, in denen die Fachkräfte kaum ankommen und auch bloß Externe einkaufen, die dann für sie mit Heranwachsenden arbeiten.

Für Beschäftigte bedeuten solche kurzfristigen Projekt immer, keinen sicheren Arbeitsplatz und keine langfristige Perspektive zu haben. So kommt es auch zu einem permanenten Personalwechsel, immer wieder kommen neue Kolleg*innen und müssen eingearbeitet werden, bevor sie Dinge gut umsetzen können. Oft finden sich aber erst gar keine qualifizierten Fachkräfte für die entsprechenden Stellen.

Ganz konkret wäre es gut, wenn sich der erzieherische Jugendschutz auch in der Fläche, in den Jugendämtern auf mehrere Personen verteilen würde. Da fehlt in den Ämtern oft einfach das Personal, sind Stellen nur anteilig dafür da.



Foto: Olaf Schütte

Dr. Katja Bach, Jugendschutzreferentin bei der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz

Katja, was sind die Handlungsfelder deiner Einrichtung? Was machst du da konkret? Die **Servicestelle Kinder- und Jugendschutz** leistet Präventionsarbeit zu allen Themen des Jugendschutzes, sowohl mit Kindern und Jugendlichen, als auch mit Multiplikator*innen und Erziehenden. Die Themen ergeben sich oft aus Anfragen. Das ist dann zumeist nicht mehr primär

Arbeitshilfe für Erzieher*innen: Umgang mit verletzendem Verhalten



(EuW) Derzeit werden Kinder immer früher, immer länger und sehr zeitintensiv in Tageseinrichtungen für Kinder betreut. Zugleich ist der Personalmangel gravierend. Die Ergebnisse einer Studie des Deutschen Kita-Leitungskongresses 2020 zeigen, dass mehr als 90 Prozent der befragten Kitas mit (teilweiser) Personalunterdeckung gearbeitet hatten.

Stress und Arbeitsdruck sowie die fachlichen Anforderungen steigen. Für die Fachkräfte kommt es immer häufiger zu erhöhtem Stress und Arbeitsdruck und das führt nicht selten zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. In diesem Kontext besteht die Gefahr der Überforderung, die mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auch auf die Kinder haben kann, die es zu vermeiden gilt.

Grundlage ist zunächst die Verbesserung der Personalsituation in den Einrichtungen. Aber auch die professionelle Reflexion eigenen Handelns und die vertrauensvolle und unterstützende Arbeit des pädagogischen Teams. Die Broschüre „Schaut nicht weg! Zum Umgang mit verletzendem Verhalten“ soll dazu ermuntern, das alltägliche Handeln in der pädagogischen Praxis zu hinterfragen und gleichzeitig eine Teamkultur zu entwickeln, die es ermöglicht, als verletzend erlebte oder wahrgenommene Situationen besprechen und gemeinsame Lösungen erarbeiten zu können.

Eine Studie von Astrid Bolle und Regina Remsperger bildet die Grundlage eines analytischen Blicks auf das Thema und zeigt an praktischen Beispielen anschaulich, wie es gelingen kann, auch mit diesem schwierigen Thema umzugehen. Für die Vorbereitung von Teamfortbildungen und die tägliche Gruppenarbeit kann die Broschüre „Schaut nicht weg!“ Anregung und Hilfestellung bieten.



Kindern eine Kindheit geben!

GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00

www.fair-childhood.eu

Die Broschüre kann bei der GEW Sachsen-Anhalt per E-Mail an: frank.wolters@gew-lsa.de abgefordert werden.

mit 0* auf 100**

* Die GEW Sachsen-Anhalt ermöglicht allen Schüler*innen und Auszubildenden, die als Ausbildungsziel Erzieher*in oder einen entsprechenden Beruf in der Kinderbetreuung (z. B. Kinderpfleger*in, Sozialassistent*in) haben, für die gesamte Zeitdauer ihrer Ausbildung, maximal jedoch für fünf Jahre, die kostenfreie Mitgliedschaft in der Bildungsgewerkschaft.

** Die GEW bietet ihren Mitgliedern Arbeitsrechtsschutz, Sozialrechtsschutz, Schlüsselversicherung, Berufshaftpflichtversicherung, Streikunterstützung, Beratungs- und Informationsservice, Fortbildungsangebote, ... und sie erkämpft gute Tarifabschlüsse, setzt sich für alters- und lebensphasengerechte Arbeitsbedingungen ein, streitet für Bürokratieabbau und einen umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz, sorgt für Gleichstellung und Mitwirkung, engagiert sich für das Recht auf gute Bildung für alle und von Anfang an, ...

GEW-Mitgliedsantrag für Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen in Ausbildung

Name, Vorname	Straße, Nr.
PLZ, Ort	Geburtsdatum
Telefon	E-Mail
Berufsziel	Fachgruppe
Ausbildungseinrichtung (Schule, Kita), Ort	sozialpädagogischer Bereich
Ich bin	
<input type="checkbox"/> in Ausbildung seit	bis voraussichtlich
<input type="checkbox"/> in Elternzeit bis	

Bankverbindung

Angabe ist nicht erforderlich – mein Mitgliedsbeitrag wird für die gesamte Dauer meiner Ausbildung, maximal jedoch für fünf Jahre, von der GEW Sachsen-Anhalt übernommen. Nach Beendigung meiner Ausbildung wird die beitragsfreie Mitgliedschaft in eine beitragspflichtige überführt – dazu teile ich der GEW Sachsen-Anhalt rechtzeitig meine Bankverbindung für die Abbuchung meines satzungsgemäßen Beitrages mit.

Datenschutzhinweis Ich genehmige, dass meine personenbezogenen Daten von der GEW unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen können meine Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und von diesen genutzt werden. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Weitere Hinweise zum Datenschutz und zu meinen Rechten finde ich unter www.gew-sachsenanhalt.net/datenschutz

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen, in einen an die GEW Sachsen-Anhalt adressierten Umschlag stecken und ab in den Briefkasten!

Die GEW ist die Gewerkschaft für alle Beschäftigten in der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit

Die GEW ist deine Fachgewerkschaft für gute Lern- und Arbeitsbedingungen, gegen Kürzungen in Bildung und Sozialarbeit, für deine Rechte am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, für eine angemessene Bezahlung und gegen Lohndumping, für Mitbestimmung und Mitwirkung in der Ausbildung und im Betrieb.

In der GEW bist du Teil einer Gemeinschaft, die sich für die Interessen von Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen engagiert. Je stärker diese Gemeinschaft ist, desto größer ist die Chance erfolgreich zu sein.

Das bieten wir:

- **Individuelle Beratung** zu rechtlichen Fragen in der Ausbildung und am Arbeitsplatz, wenn du dich ungerecht behandelt fühlst.
- **Rechtsschutz und Rechtsvertretung**, wenn du deine Rechte vor Gericht durchsetzen musst oder dich gegen Abmahnung und Kündigung wehren willst.
- **Berufshaftpflichtversicherung** für den Fall, dass dich der Arbeitgeber für eine ungewollte Nachlässigkeit zur Verantwortung ziehen will.
- **Informationsvorsprung** – in unserer Mitgliederzeitung, auf unserer Internetseite, bei Facebook oder auf Twitter sowie durch Fortbildungsangebote und Fachpublikationen zu fachwissenschaftlichen Themen.
- **Mitarbeit** in den Gremien und Arbeitsgruppen der GEW – du kannst mitentscheiden, welche Themen wichtig sind!
- **Organisation** von Protesten und Arbeitskämpfen sowie die Rückerstattung von Lohnausfällen durch Streiks.
- **Tarifverträge** mit kommunalen und privaten Arbeitgebern,
- **Unterstützung** von Personalvertretungen und Betriebsräten und **Mitgliederberatung** vor Ort,
- **Vertretung der Interessen** unserer Mitglieder gegenüber politischen Entscheidungsträgern und Zusammenarbeit mit Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit.

Unsere Forderungen:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** – egal ob du bei kommunalen oder freien Trägern beschäftigt bist.
- **Tarifverträge** in allen Bereichen der sozialen Arbeit, damit die Arbeitgeber nicht allein über deine Arbeitsbedingungen und dein Gehalt entscheiden können.
- **Mehr Beteiligungsrechte** im Betrieb – denn wer anderen demokratische Grundregeln beibringen soll, muss natürlich auch selber mitbestimmen können.
- **Ausreichend Personal** in Kitas und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, damit du deinen Aufgaben gerecht werden kannst.



Online Mitglied werden

www.gew.de/anmeldeformular

Deine Ansprechpartner:

Frank Wolters, Bildungssekretär Kommunen und freie Träger
Fon: 0391 7355441 E-Mail: frank.wolters@gew-lsa.de

Jenny Haberland, Organisationssekretärin
Fon: 0391 7355444 E-Mail: jenny.haberland@gew-lsa.de

Andreas Kubina, Organisationssekretär
Fon: 0391 7355446 E-Mail: andreas.kubina@gew-lsa.de

Michael Schultze, Organisationssekretär
Fon: 0391 7355439 E-Mail: michael.schultze@gew-lsa.de

Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW Sachsen-Anhalt



Persönliches

Titel, Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei MM/JJ von MM/JJ bis

gewünschtes Eintrittsdatum in die GEW

Berufliches

Berufsbezeichnung/-ziel

MM/JJ beschäftigt seit MM/JJ Entgeltgruppe, Stufe; seit (bzw. Brutto-Einkommen)

Betrieb/Dienststelle (Schule, Kita, ...)

Arbeitgeber/Träger (sofern nicht öffentlicher Dienst)

Straße, Nr. des Betriebes/der Dienststelle/der Schule

PLZ, Ort des Betriebes/der Dienststelle/der Schule

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten von der GEW unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen können meine Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und von diesen genutzt werden.

Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung.

Weitere Hinweise zum Datenschutz und zu meinen Rechten finde ich unter www.gew-sachsenanhalt.net/datenschutz

Ort, Datum

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt
Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE31ZZ00000013864

Ich ermächtige die GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Nachname, Vorname (Kontoinhaber*in)

DE

IBAN

Ort, Datum

Unterschrift

Beschäftigungsverhältnis

- ☐ angestellt seit ☐ befristet bis
- ☐ teilzeitbeschäftigt mit ☐ Std./Woche
- ☐ in Ausbildung bis ☐ im Studium bis
- ☐ in Elternzeit bis ☐ in Altersteilzeit
- ☐ in Rente ☐ erwerbsunfähig/arbeitslos
- ☐ Sonstiges:

→ GEW Sachsen-Anhalt,
Mitgliederverwaltung
Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg

Der monatliche GEW-Beitrag beträgt für **tarifgebundene Beschäftigte** in den Jahren 2020/2021 **0,76 Prozent** und ab dem Jahr 2022 **0,77 Prozent** des Monats-Bruttoentgeltes, für **nicht tarifgebundene Beschäftigte** beträgt er **0,7 Prozent**.

Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt: Politische Bildung für eine solidarische Zivilgesellschaft

Progressive zivilgesellschaftliche Akteure sind in Sachsen-Anhalt eher rar. Dennoch gibt es sie, in Form von regionalen Initiativen, überregionalen Bündnissen, Vereinen oder anderen Zusammenhängen. Besonders im Kontext der im Juni diesen Jahres stattgefundenen Landtagswahl, bei der die AfD mit 20,8 Prozent zweitstärkste Kraft hinter der CDU wurde, erscheint progressives zivilgesellschaftliches Engagement für die nächsten Jahre als ein nicht weg zu denkender Eckpunkt, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegenzusetzen und sich für ein solidarisches, demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt stark zu machen.

Ein zivilgesellschaftlicher Akteur, welcher sich schon seit Jahren dafür im ehemaligen Land der Frühaufsteher einsetzt, ist das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V. (NDC LSA). Der Verein bietet vor allem für junge Menschen Workshops rund um die Themen Diskriminierung, Rassismus, couragiertes Handeln und solidarische Gesellschaft an. Er ist Teil einer bundesweiten Netzwerkstruktur, welche sich 1998 in Sachsen gründete. Den damaligen Ausgangspunkt bildete die gesellschaftliche Kulmination reaktionärer und rechter Entwicklungen in Ostdeutschland. In Sachsen-Anhalt erreichte nämlich 1998 die rechte bis neonazistische Partei Deutsche Volksunion (DVU) ein damals besorgniserregend hohes Wahlergebnis von 12,9 Prozent. Dies, die Sorge, dass die NPD in Sachsen bei den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen ähnlich abschneiden könnte, und die Zunahme rechter Gewalt waren die gesellschaftlichen Ausgangspunkte für die Entwicklung des politischen Bildungsansatzes des Netzwerks für Demokratie und Courage. Thomas Jelitte beschrieb diesen in einem 2019 veröffentlichten Beitrag im Sammelband „Antifaschistische Pädagogik“ von Merlin Wolf folgendermaßen: Der Ansatz war es „[...] durch eine kontinuierliche rassismuskritische Bildungsarbeit die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern“. Daran hat sich bis heute nichts geändert, außer, dass das Netzwerk mittlerweile noch mehr Themenfelder abdeckt und in der Zwischenzeit noch mehr sogenannte Landesnetzstellen in anderen Bundesländern hinzukamen. Heute existieren in zwölf Bundesländern Ableger, welche in der Summe das bundesweite Netzwerk für Demokratie und Courage bilden. Jede von ihnen hat ein diverses Portfolio an politischen Bildungsangeboten und setzt sich damit für ein demokratisches und solidarisches Miteinander ein. Seit 2001 existiert auch eine Landesnetzstelle in Sachsen-Anhalt, die seitdem kontinuierlich progressive politische Bildungsarbeit anbietet. EuW hat mit Vertreter*innen des Vereins Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V. darüber gesprochen, welche Angebote das Netzwerk anbietet, was diese kosten, warum auch Jugendliche nicht nur Lernende, sondern auch Lehrende im Bildungsprozess sein sollten und warum

gegenwärtig politische Bildungsarbeit so bedeutsam ist.

Was will das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt erreichen und wer gehört zu eurer Zielgruppe?

Unser Hauptaufgabengebiet ist die Ausbildung von jungen Menschen zu freiwillig engagierten NDC-Teamenden, welche als Multiplikator*innen unser Projekttagsangebot „für Demokratie Courage zeigen“ an schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen umsetzen. Mit diesen Projekttagen wollen wir Schüler*innen ab 14 Jahren über die Wirkung und die Folgen von Ausgrenzung und Menschenverachtung aufklären, zum Nachdenken anregen und ermutigen zu Solidarität, demokratischem Engagement und Zivilcourage. Darüber hinaus bieten wir jedoch auch Angebote für die Erwachsenenweiterbildung an, unter anderem für Lehrkräfte und Sozialarbeitende. Darunter finden sich Argumentations- und Handlungstrainings gegen menschenverachtende Einstellungen, themenspezifische Workshops und seit diesem Jahr auch eine Fortbildung zum präventiven und pädagogischen Intervenieren gegen Antisemitismus. Das Thema Antisemitismus stellt dabei einen Themenschwerpunkt unserer Arbeit in Sachsen-Anhalt dar.

Was genau bietet ihr Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen an?

Unser Projekttagsangebot für Schüler*innen in schulischen und außerschulischen Einrichtungen erstreckt sich über die Themenfelder Diskriminierung und Rassismus, Klassismus, Neonazismus und Antisemitismus. Dabei sind alle Projekttage auf einen Zeitrahmen von 6x 45 Minuten ausgelegt, also einen klassischen Schultag, und werden von je zwei erfahrenen NDC-Teamenden durchgeführt. Diese kommen in die Einrichtung und bringen alles Notwendige mit, haben also einen ganzen Koffer voll von aktivierenden und zum Mitmachen anregenden Methoden dabei. Ebenso funktionieren unsere Projekttage zur Lehrer*innenweiterbildung. Wir verfolgen also einen ganz klar aufsuchenden Ansatz.

Weshalb kann es sinnvoll sein, externe Akteure wie euch für politische Bildungsveranstaltungen einzuladen?

Ein Leitgedanke unserer politischen Bildungsarbeit ist das Prinzip Jugend für Jugend. Unsere jungen erwachsenen Teamenden sind also kaum älter als die Teilnehmenden unserer Projekttage und werden daher authentischer von den Jugendlichen wahrgenommen als die zumeist ja doch deutlich älteren Pädagog*innen. Zudem haben wir als Externe einen unbefangenen Zugang zu den Schüler*innen. Wir verteilen keine Noten oder geben Hausarbeiten auf, sondern wollen gemeinsam einen spannenden Tag verbringen in einer geschäftsoffenen Atmosphäre, ohne dass vermeintlich sozial



erwünschte Antworten gegeben werden müssen. So können wir schwierige Themen angehen, welche sonst in den Lehrplänen kaum vorkommen und häufig weit weg von der Lebenswelt der Jugendlichen sind.

Welche Kosten müssen die Einrichtungen für eure Angebote zahlen?

Derzeit sind wir sehr stolz darauf, dass wir alle unsere Projekttage als kostenfreies Angebot stellen können, da wir momentan durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Förderprogramm „#wir-sinddasland“ des Landes Sachsen-Anhalt finanziert werden.

Warum ist politische Bildung für Jugendliche, junge Erwachsene, Lehrkräfte und Multiplikator*innen in diesen Zeiten besonders wichtig?

Gegenwärtig erfahren wir alle in der Gesellschaft wieder sehr deutlich, dass soziale Teilhabe, demokratische Strukturen und die Gleichwertigkeit aller Menschen keinesfalls selbstverständlich und unverrückbar sind, sondern stark von Rechts angegriffen werden. Und das, wie die jüngsten Anschläge von Halle und Hanau zeigen, auch gewalttätig geschieht. Doch Demokratie kann vermittelt werden und ein gelingendes solidarisches Miteinander und Selbstwirksamkeit können erlernt werden. Daher ist unsere politische Bildungsarbeit umso wichtiger, mit welcher wir präventiv arbeiten.

Wie kann man euch erreichen?

Als landesweit tätiger Akteur ist unser Büro in Magdeburg jederzeit gern, am besten via Mail oder Telefon, erreichbar: Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V., c/o Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e. V., Schönebecker Str. 82–84, 39104 Magdeburg, Fon: 03 91 520 93 731 und 03 91 520 93 184, Fax: 03 91 7272 8992, E-Mail: sachsen-anhalt@netzwerk-courage.de, <https://www.netzwerk-courage.de/>

Das Interview führte Christopher Grobys. Er studiert Sozialwissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und ist aktives GEW-Mitglied in der DGB Jugend.

Petitionsübergabe im Landtag: Für Grundfinanzierung der Hochschulen

Unter dem Motto „Kahlschlag verhindern, MLU retten“ fuhr eine Gruppe des „Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert – Perspektiven schaffen!“ am Morgen des 15. Oktober 2021 von Halle nach Magdeburg, um dem Petitionsausschuss des sachsen-anhaltischen Landtages die 16.000 Unterschriften von Bürger*innen zu überreichen. Bei der Übergabe der Petition an den Landtagspräsidenten Dr. Gunnar Schellenberger (CDU) machte der Sprecher des „Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert“, Lukas Wanke, noch einmal darauf aufmerksam, dass die Einsparungen, die das Land von den Hochschulen verlangt, den regulären Betrieb massiv einschränken oder gar unmöglich machen würden.

Auch der Vorsitzende der GEW-Hochschulgruppe der MLU, Berthold Marquardt, nutzte die Gelegenheit und übergab dem Landtagspräsidenten und der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Monika Hohmann (DIE LINKE), eine Stellungnahme, die auf die zu geringe Hochschulfinanzierung des Landes sowie

die mangelhafte Umsetzung des Zukunftsvertrages „Studium und Lehre stärken“ aufmerksam macht.

Noch einmal zu Erinnerung: Die neuerlichen Sparpläne der Landesregierung im Hochschulbereich stehen im direkten Zusammenhang mit den vom Landtag als „Corona-Soli“ angedachten Einsparungen im Hochschulbereich. Die Rektoren der Hochschulen und Universitäten des Landes unterzeichneten zwar im Juni die Zielvereinbarungen mit dem Land, in denen die Kürzungen festgelegt wurden, jedoch nur unter Protest.

Besonders hoch schlugen dennoch die Wellen in Halle, als der Rektor der MLU Prof. Dr. Christian Tietje, Ende Mai einen „Streichkatalog“ ins Gespräch brachte. Dieser Alleingang des halleischen Rektors zog einen medialen Aufschrei in ganz Deutschland nach sich und verursachte Kopfschütteln nicht nur bei den Hochschulmitgliedern, sondern auch bei den Bürger*innen, nicht nur in Sachsen-Anhalt. Gegen die Kürzungspläne von Landesre-

gierung und Hochschulleitung brach sich in Halle Widerstand Bahn und, wie bereits bei den Kürzungswellen 2004 und 2013, ging der Protest auf die Straße und ins Internet. Parallel zu einer eilig durch den Rektor der MLU einberufenen „Senatssondersitzung“, wo dieser eine „Beschlussvorlage“ einbrachte, die einen massiven Stellenabbau einschließlich Instituts- und Fakultätsschließungen an der MLU beinhaltete, flankierte der vom „Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert“ organisierte Protest am 2. Juni 2021 die Sitzung auf dem halleischen Universitätsplatz.

Die Petition, die von betroffenen Mitarbeiter*innen und Studierenden der Universität Halle wie auch von zahlreichen Mitgliedern anderer Hochschulen und Universitäten und auch von Bürger*innen aus allen Teilen der Bundesrepublik unterschrieben wurde, stellt eine weitere erfolgreiche Etappe im Kampf gegen die bald schon wahnhaftige Kürzungspolitik in Sachsen-Anhalt dar.

Jetzt, da die Petition und die Stellungnahme der GEW-Hochschulgruppe im Landtag in Magdeburg angekommen ist, bleibt abzuwarten, wie sich die Situation für die Hochschulen im Land entwickeln wird. Es stellt sich die Frage, ob an dem im Koalitionsvertrag gemachten Versprechen der Rücknahme der Kürzungen an den Hochschulen festgehalten wird, wie es in der von Hendrik Lange (DIE LINKE) angestoßenen Landtagsdebatte am 15. Oktober 2021 von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Katja Pähle noch einmal verdeutlicht wurde. Sollte die neue Landesregierung wider Erwarten dennoch an den Kürzungsplänen festhalten, wäre der daraus resultierende Schaden für die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt, insbesondere in Halle und Magdeburg, auf lange Sicht nicht abschätzbar.

Christian Müller

Foto: Christian Müller



Herbstseminar des VB Hochschule/Forschung/Lehrer*innenbildung: Ausreichende Grundfinanzierung ist A und O

Am 15. und 16. Oktober fand das jährliche Herbstseminar des Vorstandsbereiches Hochschule/Forschung/Lehrer*innenbildung im beschaulichen Harzstädtchen Stolberg statt. Das Seminar war so bunt, wie es die Herbstblätter nur sein können.

Der Freitag stand ganz im Licht des Lehrer*innenmangels, der die Gewerkschaftsarbeit und die Landespolitik seit Jahren beschäftigt. Hierzu war der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE und ehemalige GEW-Vorsitzende, Thomas Lippmann, eingeladen. Kollege Lippmann ging in seinem Vortrag auf die Dringlichkeit bei der Beseitigung des strukturellen Lehrer*innenmangels in Sachsen-Anhalt ein. Der damit zusammenhängende politische Prozess, so verdeutlichte er, wurde viel zu spät angestoßen, obschon die GEW

bereits vor zwanzig Jahren auf den zukünftigen strukturellen Lehrer*innenmangel aufmerksam gemacht hatte. Nicht nur in der Vergangenheit haben die politischen Verantwortlichen das Missverhältnis von Ausbildungsplätzen und realem Bedarf an Lehrer*innen falsch eingeschätzt. Auch gegenwärtig gehen sie von zu niedrigen Einstellungszahlen aus und projizieren zukünftig zu niedrig. Die Schulen in Sachsen-Anhalt stehen z. Zt. bei unter 95 Prozent Unterrichtsversorgung und somit weit entfernt von den erforderlichen 105 Prozent, die mindestens nötig sind, um den Unterricht in allen Schulfächern des Stundenplans abdecken zu können. In einigen Schulen sei die Situation so verfahren, dass die Unterrichtsstunden nur zu 75 Prozent gewährleistet ist und noch weiter abzurutschen droht.

In der anschließenden Diskussion wurde zudem herausgearbeitet, dass das Verfahren der Seiteneinsteiger*innengewinnung ebenso unruhig ist wie die Lehrer*innenausbildung. Beides werde auf „Verschleißgefahren“ und das auf dem Rücken der Kinder und Beschäftigten, hieß es aus der Diskussionsrunde. Andere sagten, gerade Seiteneinsteiger*innen würden „verarscht“ und „verheizt“, was sich auch aus den Abbrecher*innenzahlen der letzten Jahre ablesen lasse. Nach einer gut neunzigminütigen Diskussion stand fest, die Lehrer*innenbildung muss ausgebaut, die Qualität der Ausbildung muss verbessert und die Seiteneinsteiger*innen besser vorbereitet werden.

Der zweite Tag befasste sich mit zwei Themen: Zum einen mit den Hochschulen in der Zeit nach Corona und zum ande-

ren mit der neuerlichen Kürzungsdebatte, die kurz vor der Landtagswahl durch die damalige Landesregierung angestoßen und insbesondere vom Rektorat der Martin-Luther-Universität zum Anlass genommen wurde, den Rotstift bis tief in die Universitätsstruktur anzusetzen. Vor allem die durch die Corona-Pandemie verstärkt genutzte digitale Lehre wurde als potenzielle Zukunftsoption identifiziert. Diese Option sei aber nur dann relevant, wenn die digitale Infrastruktur und die personelle Ausstattung an den Hochschulen dahingehend ausgebaut werde, dass neben den technischen Angeboten durch die Rechenzentren der Hochschulen auch das Lehrpersonal entsprechend geschult

und technische Mitarbeiter*innen entsprechend der Bedarfslage der jeweiligen Hochschule und Fachrichtung zur Verfügung stehen. Gerade in den Bereichen Inklusion, Familiengerechtigkeit und Internationalisierung konnten die Gesprächsteilnehmer*innen die Potentiale von voll-digitaler Lehre, Blended Learning und Hybridvorlesungen erkennen. Das aber nur unter der Bedingung, dass die digitale Infrastruktur entsprechend den bestehenden Bedarfen angepasst wird. Der letzte Tagesordnungspunkt des Herbstseminars wurde genutzt, Themen, Kandidat*innen und Delegierte für die im Herbst 2022 stattfindende Landesdelegiertenkonferenz zu diskutieren bzw. zur Mitarbeit

aufzufordern. Schnell wurde deutlich, dass die bereits unter den anderen Tagesordnungspunkten besprochenen Themen Lehrer*innenbildung, Digitalisierung und Bildungsgerechtigkeit Dauerbrenner sind und auch in den kommenden Jahren eine herausragende Rolle in der Hochschulpolitik spielen werden. Aus diesem Grund sollen in den nächsten Monaten Anträge erarbeitet werden, die dieses Spektrum abbilden und sich dabei an den Gewerkschaftstagsbeschlüssen, insbesondere am Beschluss „Vision Hochschule 2030“, orientieren.

Christian Müller

Glossiert: Hört ihr ...

nein, nicht die Regenwürmer husten, sondern das Virus lachen? Das mochte man meinen, als einen Monat nach der vollmundigen Ankündigung von KMK und Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium die Hochschulen in allen Teilen des Landes aus ihrem Dornröschenschlaf erwachten und in hektischer Betriebsamkeit begannen, das ach so unerwartete erste Präsenz-Semester unter „Corona-Bedingungen“ vorzubereiten.

Doch der Reihe nach: Am 6. August erklärten die Kultusminister der Länder: „Bei der Raumbellegung sind analog zum Schulbetrieb Ausnahmen vom Mindestabstand von 1,5 Metern nötig.“ Analog zum Schulbetrieb? Meinen die Damen und Herren Minister*innen, von der DDR lernen zu können, schnell feste Seminargruppen einzurichten und diese dann nach Möglichkeit in immer den gleichen Räumen zu belassen? Wann haben die eigentlich das letzte Mal einen Hörsaal von innen gesehen? Es hätte ja der Anblick eines leeren Raumes genügen können ... Aber weiter im Text: „Einen ersten Schritt kann die Anwendung der Sitzordnung im ‚Schachbrett‘ darstellen, die regelmäßig immerhin die Nutzung der Hälfte der Raumkapazität zulässt.“ Die Hälfte welcher Raumkapazität? Der auf dem Papier oder der um je nach Studienfach um zehn, 20 oder auch mehr Prozent größeren in der Realität? Und was passiert mit denen, die nicht in den Raum passen? Na, dafür haben wir ja die Beschäftigten, die für zu 50 Prozent vergütete Verträge doch gern zu 100 Prozent arbeiten (dass sie das in vielen Fällen längst tun – geschenkt). Doch weiter im Text: „Auf der Grundlage der konsequenten Beachtung der Hygieneregeln und dem 3-G-Prinzip, das insbesondere bei entsprechend hoher Impfquote der Studierenden auch Stichproben-Lösungen einschließt, liegt die Ausgestaltung und Durchführung des Studiums vor Ort in der Hand der Hochschulen.“ Und hier haben wir die perfekte Steilvorlage an die zuständigen Ministerien. Das unsrige hatte in weiser Voraussicht bereits einen Tag vor der Sitzung der KMK die Hochschulen entsprechend angewiesen, was diese nicht daran hinderte, zunächst – nichts zu tun.

Ungefähr drei bis vier Wochen vor Semesterstart begann der Wettbewerb der klügsten Köpfe des Landes um die kreativste Lösung im Umgang mit dem Zaubermittel 3G. Doch während Personalräte immer noch in Tagträumen verharrten und meinten, dessen Anwendung würde wie in einigen anderen deutschen Hochschulen am Eingang der Gebäude kontrolliert, war das Denken an den Schalthebeln der Hochschul-Mächte darauf gerichtet, wie man 3G sichtbar machen könne, ohne zu ahnen, welches der drei G's sich dahinter verbirgt, denn schließlich muss auch der große Geist Datenschutz besänftigt werden. Perfekt gelang das zum Beispiel an der OvGU mit dem „OvGU-Pass“, der mittels eines rot oder grün leuchtenden Handys unkompliziert vorgezeigt werden kann – nur wann und wem? Das entscheiden die Lehrenden – freiwillig, das versteht sich von selbst. Sie dürfen kontrollieren, müssen aber nicht. Die ersten Studierenden, deren Gesichter sich rot färbten wie eigentlich ihre Handys leuchten müssten, wurden bereits aus Lehrveranstaltungen ausgeschlossen. Dass sie vorher die Pause völlig ungestört ohne Maske und Abstand im gleichen Raum verbringen konnten wie ihre Kommiliton*innen – geschenkt ... Der „OvGU-Pass“ verrät ohnehin nicht, wo sich der Inhaber des Zaubermittels 3G aufgehalten hat. Das kann die Hallesche „Löwen-App“ längst, nur die wiederum weiß nichts von 3G ...

Lassen wir die klugen Köpfe weiter rauchen und schauen, was sie sich zur Anerkennung des alle Hochschul-Türen öffnenden Status' ausgedacht haben. Und spätestens hier wird es wirr. Geimpft ist geimpft – müsste man meinen, doch weit gefehlt. Wie ist das mit Impfstoffen mit solch klangvollen Namen wie „Sputnik V“ oder mit dem chinesischen „Covid-19 Vaccine (Vero Cell) Inactivated“ oder ...? In der EU nicht zugelassen und deshalb nicht gültig, meint zumindest die Uni Halle. Die Idee, man könne sich ja nochmal mit einem in der EU zugelassenen Stoff impfen lassen, kam zumindest nicht von offizieller Seite. Der doppelt geimpfte Student hätte auch spätestens dann ein Problem, wenn er etwa die Hochschule Anhalt oder die Uni

in Magdeburg betritt und beide Nachweise vorlegt. Er müsste sich nämlich entscheiden, welcher gültig sein soll. In der Hochschule hat der ausländische Studierende ein Formular beim International Office auszufüllen. Er bekommt dann eine Ersatzbescheinigung ausgestellt, mit der er sich an der Hochschule „frei“ bewegen kann. Auch der „OvGU-Pass“ darf grün leuchten, sobald die Impfung durch ein englischsprachiges Zertifikat bestätigt ist. Aber wehe, besagter Student bewegt sich außerhalb des Geländes der Hochschulen – dann ist er natürlich genau so wenig geimpft wie auf dem Campus der MLU und muss sich testen lassen. Kein Problem, möchte man angesichts vorhandener Testkapazitäten in den Hochschulen meinen. Doch noch immer geht es um den Wettbewerb kreativer Köpfe – und der kennt keine Grenzen. Vielleicht ist ja der Umgang mit den Tests eine erste Möglichkeit, um die Studierfähigkeit der Anwender*innen zu testen. Auch hier reicht ein Blick in die beiden Universitäten. Gilt in Magdeburg ein Schnelltest 48 und ein PCR-Test 72 Stunden, so sind es in Halle jeweils 24 Stunden weniger. Dafür sind dort Selbsttests ausdrücklich möglich. Die Bestätigung, dass man sich mit negativem Ergebnis getestet hat, muss auf einem Formular schriftlich erfolgen. Die Lehrenden werden es kontrollieren – oder auch nicht. Mit dem Betreten des Raumes und der Nutzung der „Löwen-App“ haben die Studierenden ja de facto erklärt, dass sie über das Zaubermittel 3G verfügen. Dagegen leuchtet Magdeburgs „OvGU-Pass“ erst dann grün, wenn er nach dem Vorlegen des entsprechenden Nachweises freigeschaltet wurde. Erklärungen zu Selbsttests sind nicht vorgesehen. Einen Termin im Testzentrum kann man bekommen – Wartezeit mit Stand vom Beginn der zweiten Semester-Woche: zehn Tage. Zurück zum Anfang: Hörst du das Virus lachen? Nein! Die Hochschulen des Landes sind auf dem besten Weg zum Medizin-Nobelpreis im Jahr 2022. Denn wenn all die klugen Köpfe so weiter rauchen, wird es ihnen gelingen, das Virus derart zu verwirren, dass es von selbst verschwindet.

Martina L.

Erzieher*innen in Kommunen:

Arbeitszeitsenkung ab 1. Januar 2022

(EuW_fw) Im Ergebnis der Tarifverhandlungen im Jahr 2020 wird für Beschäftigte, bei denen der Tarifvertrag des Bundes und der Kommunen (TVöD) zur Anwendung kommt, die Arbeitszeit ab 1. Januar 2022 abgesenkt. Das betrifft in unserem Organisationsbereich Erzieher*innen und sozialpädagogische Fachkräfte in den Kommunen, weitere Beschäftigte, die die Geltung des TVöD arbeitsvertraglich vereinbart haben, und Beschäftigte bei

Arbeitgebern, die die Anwendung der Arbeitszeitregelungen des TVöD haustarifvertraglich vereinbart haben.

Vollbeschäftigte, für die bisher die arbeitsvertragliche durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche maßgeblich war, sinkt diese Arbeitsverpflichtung auf 39,5 Stunden in der Woche. Die Absenkung der Arbeitszeit hat keine Minderung des Monatsentgelts zur Folge. Am 1. Januar 2023 erfolgt eine weitere Senkung auf 39 Stunden pro Woche. Dann ist die Angleichung an das Tarifgebiet West auch hier vollzogen.

Während 32 von 40 Stunden einem Entgeltanteil von 80 Prozent einer Vollbeschäftigten entspricht, beträgt der Anteil bei einer Absenkung der Arbeitszeit auf 39,5 Stunden 82,05 Prozent. Das Tabellenentgelt steigt um 2,05 Prozent.

3. Wurde eine arbeitsvertragliche Vereinbarung getroffen, die sowohl die absolute Stundenzahl als auch den prozentualen Anteil enthält: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 80 Prozent einer Vollbeschäftigung, derzeit 32 Stunden“, ist wie in Nr. 1 dargestellt zu verfahren.

ALT bis 31.12.2021		
Std./Woche	vollbeschäftigt	Entgelt/Prozent
20	40	50
21	40	52,5
22	40	55
23	40	57,5
24	40	60
25	40	62,5
26	40	65
27	40	67,5
28	40	70
29	40	72,5
30	40	75
31	40	77,5
32	40	80
33	40	82,5
34	40	85
35	40	87,5
36	40	90
37	40	92,5
38	40	95
39	40	97,5
40	40	100

NEU ab 1.1.2022		
Std./Woche	vollbeschäftigt	Entgelt/Prozent
20	39,5	50,63
21	39,5	53,16
22	39,5	55,70
23	39,5	58,23
24	39,5	60,76
25	39,5	63,29
26	39,5	65,82
27	39,5	68,35
28	39,5	70,89
29	39,5	73,42
30	39,5	75,95
31	39,5	78,48
32	39,5	82,50
33	39,5	83,54
34	39,5	86,08
35	39,5	88,61
36	39,5	91,14
37	39,5	93,67
38	39,5	96,20
39	39,5	98,74
39,5	39,5	100

Teilzeitbeschäftigung

Auf Teilzeitbeschäftigte, für die die Arbeitszeitregelungen des TVöD Anwendung finden, kann die Neuregelung unterschiedliche Auswirkungen haben. Zunächst ist ein Blick in den Arbeitsvertrag hilfreich, denn es ist zu prüfen, in welcher Form die Teilzeitbeschäftigung vereinbart wurde:

1. Der Teilzeitanteil wurde prozentual vereinbart, etwa mit folgender Formulierung: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 80 Prozent einer Vollbeschäftigung.“ In diesem Fall sinkt die wöchentliche Arbeitszeit von 32 Stunden auf 31 Stunden und 36 Minuten. Die Entgelthöhe ändert sich nicht.
2. Der Teilzeitanteil wurde in einer festen Stundenzahl vereinbart: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 32 von 40 Stunden.“ In diesem Fall bleibt die vereinbarte Stundenzahl erhalten, allerdings muss das Entgelt neu berechnet werden, weil die Vollbeschäftigung künftig bei 39,5 Stunden erreicht ist.

Flexible Arbeitszeiten

Für Beschäftigte mit einem Arbeitsvertrag, in dem ein Anteil der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit auf Abruf gemäß § 12 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz (Flexi-Vertrag) vereinbart wurde, ist zu berücksichtigen, dass die tatsächliche abgerufene wöchentliche Arbeitszeit zum Zweck der Entgeltberechnung ins Verhältnis zur jetzt neu festgelegten Vollbeschäftigung gesetzt werden muss (→ Pkt. 2).

Anschlussregelungen

Es wird nunmehr notwendig sein, in den anderen Tarifverträgen entsprechende Anschlussregelungen zu verankern. Ob und wann dies gelingen wird, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Mit den zuständigen Tarifkommissionen wird die weitere Vorgehensweise abzustimmen sein. Ziel muss es sein, im Verlauf des nächsten Jahres Vereinbarungen zu treffen, die eine Absenkung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich auch in Betrieben mit Haustarifverträgen garantieren, durchzusetzen.

Betriebsratswahlen 2022:

Schulungen der Wahlvorstände

Die GEW Sachsen-Anhalt bietet in Vorbereitung der anstehenden Betriebsratswahlen 2022 Wahlvorstandsschulungen an. Die Schulungsteilnehmenden erhalten als Begleitmaterial einen detaillierten Wahlleitfaden mit allen notwendigen Musterformularen sowie einen Wahlkalender (auch in elektronischer Form). Für die eintägige Schulung wird ein Kostenbeitrag von 90 € p. P. (Kosten für Referent*innen, Schulungsmaterialien, Veranstaltungsraum) erhoben.

Da wir momentan noch nicht einschätzen können, wie hoch der Schulungsbedarf sein wird, bitten wir möglichst zeitnah um Rückmeldung – bitte dafür den beigefügten Rückmeldebogen nutzen! Alle Informationen finden sich auch unter www.gew-sachsenanhalt.net. Wir werden dann den Betriebsräten bzw. den Wahlvorständen, die sich bei uns zurückgemeldet haben, verschiedene Termine anbieten, aus denen sie auswählen können.

Trägerin der Schulung ist die Treuhand- und Servicegesellschaft der GEW Sachsen-Anhalt mbH, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg. Rückfragen und Hinweise unter Fon: 0391 7355441 oder per E-Mail an: frank.wolters@gew-lsa.de

An die
GEW Sachsen-Anhalt
z. Hd. Frank Wolters
Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg

E-Mail: frank.wolters@gew-lsa.de

Rückmeldung

Wahlvorstandsschulung – Betriebsratswahlen 2022

Wir möchten das Angebot für eine Wahlvorstandsschulung nutzen und bitten um die Zusendung von Schulungsterminen.

Betriebsrat der/des

Geschäftsadresse

Ansprechpartner*in

Tel.: E-Mail:

Größe des Betriebes: ☐ bis zu 100 Beschäftigte ☐ über 100 Beschäftigte

Der Wahlvorstand wird/wurde am bestellt.

Die Betriebsratswahl findet (voraussichtlich) am statt.

Der Wahlvorstand besteht aus Mitgliedern.

GEW-Broschüre erschienen:

„Arbeitszeitgestaltung im Sozial- und Erziehungsdienst“



Die GEW Sachsen-Anhalt stellt interessierten Mitgliedern und betrieblichen Interessenvertretungen die Broschüre „Arbeitszeitgestaltung im Sozial- und Erziehungsdienst“ mit Hinweisen zu gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen der Gestaltung der Arbeitszeit in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung.

Die Broschüre kann unter 0391 7355430 oder per E-Mail an: info@gew-lsa.de bestellt werden, die Zusendung erfolgt auf Wunsch auch in elektronischer Form als PDF-Datei.

Private Pflegeversicherung:

Befristete Beitragserhöhung

Nach Informationen der PKV wird vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 ein befristeter Zuschlag auf den monatlichen Beitrag in der Pflegepflichtversicherung (= private Pflegeversicherung) erhoben. Grund dafür sind die Mehrausgaben durch den gesetzlichen Pflegerettungsschirm. Dieser wurde eingeführt, um die gesetzlich vorgeschriebenen Mehrausgaben der Pflegeversicherung zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Dazu gehören beispielsweise der Ausgleich für die Minderbelegung von Pflegeeinrichtungen während der Pandemie, zusätzliche Personalaufwendungen und die Schutzausrüstung des Pflegepersonals. Die private Pflegepflichtversicherung wurde gesetzlich verpflichtet, sich an der Finanzierung des Rettungsschirms zu beteiligen. Der dadurch entstandene Kostenanteil wird nun über den befristeten Corona-Zuschlag im Jahr 2022 ausgeglichen.

Für Versicherte ohne Beihilfeanspruch beträgt der Corona-Zuschlag 3,40 Euro pro Monat. Bei Arbeitnehmer*innen übernimmt der Arbeitgeber davon die Hälfte. Für Versicherte mit Beihilfeanspruch beträgt der monatliche Zuschlag 7,30 Euro. Die Beihilfe ist am Corona-Zuschlag nicht beteiligt. Personen, die bereits den Höchstbeitrag bezahlen, müssen beachten, dass der monatliche Corona-Zuschlag laut Gesetz „über die Prämie hinaus“ gilt. Das bedeutet, dass der Zuschlag auch über den Höchstbeitrag hinaus erhoben wird. Gleiches gilt für die Höchstbeitragsbegrenzung für Ehegatten und Lebenspartner*innen. Nicht vom Zuschlag betroffen sind unter anderem beitragsfreie Kinder.

Quelle: <https://www.pkv.de/wissen/beitraege/corona-zuschlag-in-der-pflegeversicherung-2022/>

Kinder- und Jugendliteratur:

Die Gespenster von Demmin

Kessler, Verena; Die Gespenster von Demmin; Hanser, 2021; ISBN: 978-3-446-26784-8; Preis: 22,00 €, 240 Seiten; Altersempfehlung: ab 14 Jahre

Larissa will Kriegsreporterin werden – doch der Krieg ist auch allgegenwärtig im provinziellen Demmin, in dem auch in Friedenszeiten vieles nicht in Ordnung zu sein scheint. Denn der Tod ist allgegenwärtig in Demmin. Ein im Eis eingefrorener sterbender Schwan, Frau Dohlberg, die Nachbarin, die sich das Leben nimmt, als sie ins Pflegeheim soll, Timos Vater, der depressiv ist, Sarinas Mutter, vor Jahren Larrys kleiner Bruder Lennard und vor vielen Jahren die vielen Menschen, die sich Anfang Mai 1945 im Rahmen eines der größten Massensuizide der Geschichte am Ende des zweiten Weltkriegs in Demmin das Leben nahmen. Der Tod gehört dazu, er beschäftigt die Menschen, auch wenn sie es nicht merken. Es steckt eine Faszination darin, eine Angst und eine Abscheu. Das merkt auch Larissa, die Larry genannt werden möchte. Sie hat beschlossen, Kriegsreporterin zu werden und trainiert dafür, mit Extremsituationen klarkommen zu können. Gleichzeitig hat sie große Probleme, weil zuhause das Leben aus den Fugen gerät, als der neue Freund der Mutter ins gemeinsame Heim einzieht. Und mit ihrer Freundin gibt es Stress, weil Larry plötzlich viel mit Timo zu tun hat, in den Sarina verliebt ist. In einer solchen Situation kann einem schon einmal alles zu viel werden – und Larry muss weg. Doch sie hat die Menschen unterschätzt, die sie umgeben und die sich gegenseitig stützen können.

Verena Kesslers Debütroman macht es nicht leicht. Es handelt sich um eine vielschichtige Geschichte, die Unterschwelliges nach oben holt und mit langsamen Andeutungen und Bruchstücken ein Schicksal erzählt, das grauenvoller kaum denkbar ist, das aber dennoch ins Leben führt. In der Parallelität der zwei abwechselnden Ich-Erzählerinnen Frau Dohlberg und Larissa werden zwei Perspektiven auf das Leben entfaltet, die sich darin gleichen, dass der Tod eine existenzielle Rolle in der Vergangenheit gespielt hat. Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird hier ebenso verhandelt, wie das selbstbestimmte Sterben, das auf ganz verschiedene Weise thematisiert und damit auch vielschichtig und mehrperspektivisch erschlossen wird. Sensibel erzählt, kein bisschen träge, eher auch komisch und lebendig wird dieses herausfordernde Thema bearbeitet. So wird Geschichte auch mit der Gegenwart verknüpft und anschaulich. Und die Bedeutung des Einzelnen im Gefüge der Gesellschaft wird regelrecht greifbar, wenn deutlich wird, wie abhängig unser ganzes Sein von den anderen ist. Das beinhaltet auch eine starke Aufforderung. Ein engagiertes Buch – unbedingt zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



Impressum

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Prof. Dr. Hans-Dieter Klein und Christiane Rex (verantw. Redakteur*innen), Rolf Hamm, Helgard Lange, Christian Müller, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Fon: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Fon: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner

GEW-Stadtverband Dessau:

Neue Öffnungszeiten

Ab sofort ist das GEW-Büro des GEW-Stadtverbandes Dessau (Am Gestänge 2, 06844 Dessau-Rosslau) nur noch in den geraden Kalenderwochen von 16 bis 17 Uhr geöffnet.

Kontakt mit dem Stadtverband ist aber jederzeit unter der E-Mail-Adresse: irena.klack@gew-lsa.de möglich.



GEW-Stiftung **Bildung statt Kinderarbeit**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00

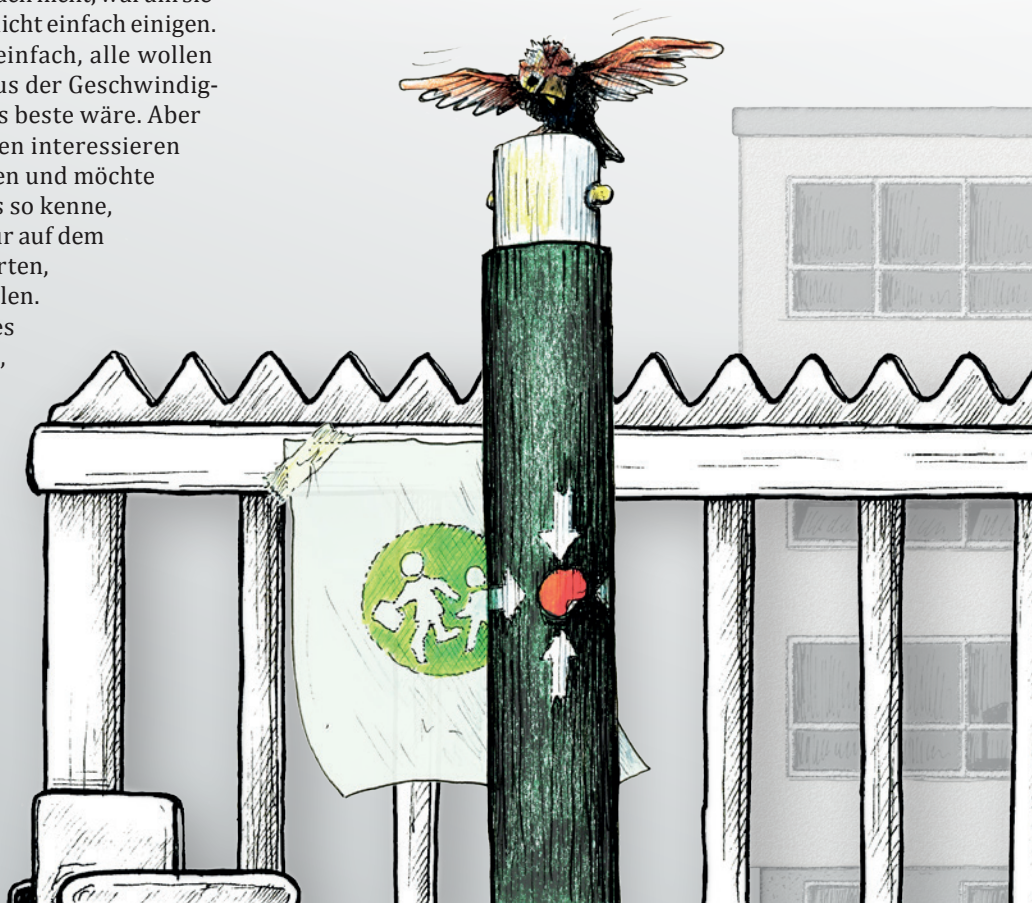
www.fair-childhood.eu

Ampeln

Tach zusammen. Der alte Zebrastreifen direkt neben meiner Schule ist jetzt endlich durch eine Ampel ersetzt worden. Das finde ich eigentlich ganz gut, denn die Straße war wirklich gefährlich und die Fahrer fuhren oft, ohne zu schauen, mit hoher Geschwindigkeit durch. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung haben wir zwar immer noch nicht, dafür aber eine Ampel. Wir müssen hier in Deutschland rasen, ich weiß nicht warum. Immerhin würden die allermeisten jetzt bei Rot wenigstens anhalten. Bei Gelb geben sie Gas, um es noch zu schaffen und bei Grün ist es wie immer. Aber noch ist die Ampel nicht in Betrieb, denn sie verhandeln noch, also die Farben: Wann welche Farbe leuchtet und warum. Ich verstehe auch nicht, warum sie lange verhandeln müssen, aber sie können sich nicht einfach einigen. Das wäre zu einfach und niemand möchte es einfach, alle wollen es sehr kompliziert. Darum wird auch nichts aus der Geschwindigkeitsbegrenzung, obwohl sie für die Schüler das beste wäre. Aber wen interessieren schon die Schüler? Die Farben interessieren sich vor allem für sich. Rot leuchtet am stärksten und möchte daher auch am meisten bestimmen. Wie ich das so kenne, darf dann Rot ununterbrochen leuchten, aber nur auf dem Überweg für die Kinder. Und die warten und warten, bis sie endlich alt genug sind, um selber zu wählen. Und derweil rasen die Autos durch permanentes Grün, was immer wieder von Gelb abgelöst wird, bei dem sie dann noch mehr Tempo geben, um vor dem Rot durchzufahren, das nie kommt. Klingt kompliziert? Aber so ist das nun mal mit Ampeln. Vorher versprechen sie immer, dass alles gleichermaßen leuchten wird. Sie bringen sogar einen Druckknopf an, auf den die Schüler drücken können, um auch einmal Grün zu bekommen. Der Druckknopf ist zwar da, er bewirkt aber nichts. Er gibt den Schülern nur das Gefühl, dass sie etwas bewirken können. Und wenn die erst mal merken, dass man sie nicht ernst nimmt, dann werden sie keine Lust mehr auf diese Demokratie haben?

Aber was weiß ich schon, ich bin ja nur ein Tor.

Lars Johansen



Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:
 (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

IBAN:

D	E																
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Arbeitszeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden)
pro Woche:

..... Datum

..... Unterschrift

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ...

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sobort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

